

Entwurf § 1		Beschluss GV 27. November 1998 1. Geltungsbereich		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
§ 1 §		1. Geltungsbereich						Descrituss CV 11.0dili 1555
§1 §				1. Geltungsbereich		1. Geltungsbereich		1. Geltungsbereich
§1 §		1.1 Geltungsbereich, Zweckartikel						
	1	Inhalt, Geltungsbereich	§ 1	Geltungsbereich	§ 1	Geltungsbereich	§ 1	Geltungsbereich
		1 Die Bau- und Nutzungsordnung (BNO) beinhaltet das		1 Die Bau- und Nutzungsordnung (BNO) umfasst das kom-		1 Die Bau- und Nutzungsordnung beinhaltet das kommunale		1 Die Bau- und Nutzungsordnung beinhaltet das kommunale
		kommunale Raumplanungs-, Umweltschutz- und Baurecht.		munale Raumplanungs-, Umwelt- und Baurecht		Raumplanungs-, Umweltschutz- und Baurecht.		Raumplanungs-, Umweltschutz- und Baurecht.
		2 Ihre Vorschriften finden Anwendung auf alle Bauten und		2 Die Vorschriften finden Anwendung auf alle Bauten und An-		2 Ihre Vorschriften finden Anwendung auf allen Bauten, Anla-		2 Ihre Vorschriften finden Anwendung auf allen Bauten, Anla-
		Anlagen, deren Nutzung sowie den Schutz des Bodens.		lagen, deren Nutzung sowie den Schutz des Bodens.		gen, deren Nutzung sowie den Schutz des Bodens.		gen, deren Nutzung sowie den Schutz des Bodens.
		3 Die BNO gilt für das gesamte Gemeindegebiet.		3 Die BNO gilt für das ganze Gemeindegebiet.		3 Die Bau- und Nutzungsordnung gilt für das gesamte Ge-		3 Die Bau- und Nutzungsordnung gilt für das gesamte Ge-
						meindegebiet.		meindegebiet.
				4 Der Nutzungsplan Baugebiet im Massstab 1:2500 und der				
				Nutzungsplan Kulturland im Massstab 1:5000 sind integrie-				
				rende Bestandteile dieser BNO und allgemein verbindlich.				
				Sie können bei der Gemeindeverwaltung eingesehen werden.				
		1.2 Übergeordnetes Recht						
§ 2	2	Übergeordnetes Recht	§ 2	Übergeordnetes Recht	§ 2	Übergeordnetes Recht 1)	§ 2	Übergeordnetes Recht
		1 Die einschlägigen Vorschriften des eidgenössischen und		1 Die einschlägigen Vorschriften des eidgenössischen und		Die einschlägigen Vorschriften des eidgenössischen und kan-		1 Die einschlägigen Vorschriften des eidgenössischen und
		kantonalen Rechts bleiben vorbehalten.		kantonalen Rechtes bleiben vorbehalten.		tonalen Rechts bleiben vorbehalten.		kantonalen Rechts bleiben vorbehalten.
		Handbuch BNR						
		2 Die wichtigsten Bestimmungen des übergeordneten		2 Die wichtigsten Bestimmungen des übergeordneten Rechts		1) Die wichtigsten Bestimmungen des übergeordneten		2 Die wichtigsten Bestimmungen des übergeordneten Rechts
		Rechts finden sich im kantonalen Handbuch zum Bau- und		finden sich im kantonalen Handbuch zum Bau- und Nutzungs-		Rechts finden sich im kantonalen Handbuch zum Bau- und		finden sich im Handbuch zum Bau- und Nutzungsrecht (BNR)
		Nutzungsrecht (BNR).		recht (BNR).		Nutzungsrecht (BNR).		
		2. Raumplanung		2. Raumplanung		2. Raumplanung		2. Raumplanung
§ 3			§ 3	Grundsätze				
				Wohnbaunutzung				
				Die Wohnbaunutzung erfolgt in den ausgeschiedenen Bauge-				
				bieten (siehe Nutzungsplan Baugebiet).				
				In den übrigen Gebieten ist die Nutzung von bestehenden Ge-				
				bäuden nur in beschränktem Rahmen gemäss eidgenössi-				
				scher und kantonaler Gesetzgebung möglich.				
		2.1 Sondernutzungsplanpflicht						
§ 4 §	3	Sondernutzungsplanung	§ 4	Sondernutzungsplanung	§ 3	Sondernutzungsplanung	§ 3	Sondernutzungsplanung
		1 Die im Bauzonenplan speziell bezeichnete Flächen dürfen		Die im Bauzonenplan bandiert bezeichneten Flächen 1 dürfen		Die im Bauzonenplan speziell bezeichneten und im Anhang 6		1 Die im Bauzonenplan speziell bezeichneten Flächen dürfen
		nur erschlossen und überbaut werden, wenn ein rechtskräf-		nur erschlossen und überbaut werden, wenn ein rechtskräfti-		aufgeführten Flächen dürfen nur erschlossen und überbaut		nur erschlossen und überbaut werden, wenn ein rechtskräfti-
		tiger Sondernutzungsplan (Erschliessungs- oder Gestal-		ger Erschliessungs- oder Gestaltungsplan vorliegt.		werden, wenn ein rechtskräftiger Erschliessungs- oder Ge-		ger Erschliessungsplan vorliegt.
		tungsplan) vorliegt oder, sofern erforderlich, eine Landum-				staltungsplan vorliegt.		
		legung oder Grenzbereinigung durchgeführt wurde (ä 16						
		Abs. 3 BauG).						
		Gestaltungsplan						
		2 Die im Bauzonenplan speziell bezeichneten Flächen dür-						2 Mit einem Gestaltungsplan kann in allen Bauzonen die Ge-
		fen nur erschlossen und überbaut werden, wenn ein rechts-						schosszahl nach § 4 BN0 nicht erhöht werden.
		kräftiger Gestaltungsplan vorliegt und eine Landumlegung						
		durchgeführt wurde (§ 16 Abs. 3 BauG).						
		2.2 Weitere Planungsinstrumente						
§ 5	4	Weitere Planungsinstrumente						
		1 Weitere Planungsinstrumente wie Erschliessungspro-						
		gramm, Inventare, Richtpläne, Konzepte u. dergl. sind						
		grundsätzlich nur behördenverbindlich und haben gegen-						
		über den Grundeigentümern keine Rechtswirkung.						

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§		neinde Gallenkirch, chluss GV 12. Juni		Nutzungsordnung,	§	Gemei Besch					ungsor	Inung,
		3. Zonenvorschriften		3. Zonenvorschriften		3. Zo	Zonenvorschrifter	n			3. Zor	nenvo	rschr	iften			
		3.1 Bauzonen		3.1 Bauzonen		3.1 E	Bauzonen										
		3.1.1 Zonenübersicht															
§ 6	§ 5	Bauzonen	§ 5	Zonenübersicht, Tabelle 1	§ 4		zonenplan			§ 4	Bauzoi						
		Der Bauzonenplan scheidet folgende Bauzonen aus:		1 Der Nutzungsplan "Baugebiet" scheidet folgende Bauzonen aus:		Der E	Bauzonenplan sche	idet folgen	nde Bauzonen aus:		1 Der E	Bauzon	nenplar	n schei	idet fol	gende B	auzonen aus:
							fzone nnzone 2 Geschosse e für öffentliche Baut		D braun W2 gelb agen ÖBA grau		Dorfzon Wohnzo Gewerbe Zone für Anlagen	ne ezone r öffentlich	he Bauter	n und	D W2 G		braun gelb violett grau
					§ 5	Mass	ssvorschriften 5)				2 Zone	nübers	sicht, T	abelle	,		
		Bauzonen Vollge- schosse Dorf- D 2 zone Braun Wohn- W2 2 zone gelb Zone Oe O öffentl. B+A		Bauzonen Bauzonen Dorfzone Dorfzone Dorfzone Dorfzone Dorfzone Dorfzone Cone für offentliche Bauten und Anlagen Cone für OE Klein- u. Anbauten Klein- u. Anbauten			max. Gebäudelänge Gebäudehöhe Gebäudeabstand Hauptwohnseite Empfindlichkeitsstufe		Bestimmung Ausnützungsziffer			Max. Gebäudelänge	Firsthöhe	Gebäudehöhe	Ausnützungsziffer	Vollgeschosse	
		Ausnut- G zung de 0.60 x 0.45		Grau Gelb Braun Farbe im Zonenplan		2	25m 7m	4 m 8m	W2		=	25 m	11 m	7 m		2 0	
		Gebäu- delänge - 20m		* ' N ' N Vollgeschosse			25m 7m min.	min.	D Ne (Erst 21.3.		=	28		7	0	2 5	
		Gebäu- dehöhe 7.00m 7.00m		* - 0.4 - 0.6 Az Ausnutzung			8 8	2m 2m	D Neubauten (Erstellung nac 21.3.200)			4 m 28 m	11 m	3	0.4	W2 2	
		First- höhe 12.00m 9.00m		* 30 7.0 30 Max. Gebäudehöhe * 4.5 9.0 4.5 12.0 Max. Firsthöhe					ach			35 m	11 m	7 m		2 G	
				* ' 25 ' 25 B Max. Gebäudelänge			≡ best best	best	D Best			3	3				
		Grenzabstand klein 4.00m × 4.00m		* 0 40 5 45 5 2 45 5 2 45 5 2 45 5 2 45 5 2 45 5 2 45 5 2 45 5 2 45 5 2 45 5 2 45 5 2 45 5 2 5 2					Bauten		=	ж :	* *	*		* 00	
		Gross 8.00m ×		* ' \omega_O ' \omega_O B Grenzabstand gross = = = \equiv \equiv \equiv \omega_O B Empfindlichkeitsstufe			= * *	* *	* O: BB								
		Empfind-lich-keitsstufe		w w w w w Zonenvorschriften			5) Genehmigung der Ä vom 15.12.2006 und vo		an der Gemeindeversammlung ngsrat am 04.04.2007								
		Zonenvor- schriften § 6 § 7															

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
		Mit "o" bezeichnete Masse						
		2 Die mit "o" bezeichneten Masse legt der Gemeinderat un-		2 Die mit "*" bezeichneten Werte legt der Gemeinderat unter		2 Die mit * gekennzeichneten Masse werden vom Gemeinde-		3 Die mit * bezeichneten Masse legt der Gemeinderat unter
		ter Abwägung der betroffenen privaten und öffentlichen In-		Abwägung der betroffenen privaten und öffentlichen Interes-		rat festgelegt.		Abwägung der betroffenen privaten und öffentlichen Interes-
		teressen im Einzelfall fest.		sen im Einzelfall fest.				sen im Einzelfall fest.
		mit "x" bezeichnete Masse						
		Die mit "x" bezeichneten Masse gelten bei Neubauten als						
		Richtwert. Der Gemeinderat kann Abweichungen von die-						
		sem Richtwert bewilligen, falls der Zonenzweck nicht beein-						
		trächtigt wird.						
								4 Die Bestimmungen in der Dorfzone gelten nur für Neubau-
								ten.
		3 Wo nachfolgend nichts anderes festgelegt wird, ist sowohl				3 In allen Bauzonen ist die offene und geschlossene Bau-		5 Zulässig sind in allen Bauzonen die offene und geschlos-
		die offene als auch die geschlossene Bauweise zulässig. In				weise zulässig.		sene Bauweise.
		der Dorfzone D dürfen gewerblich genutzte Erdgeschosse						
		eine Geschosshöhe von 4 m aufweisen.						
				3 In dem im Nutzungsplan "Baugebiet" bezeichneten Lärm-				
				schutzbereich sind keine Wohnbauten gestattet.				
				4 In der Dorfzone dürfen gewerblich genutzte Erdgeschosse				
				eine Geschosshöhe von 4 m aufweisen. Die übrigen Ge-				
				schosse dürfen im Durchschnitt höchstens eine Höhe von 3				
				m aufweisen.				
								6 Arealüberbauungen sind nur in der Wohnzone W2 zugelas-
								sen.
		3.1.2 Dorfzone						
§7/8	§ 6	Dorfzone	§ 6	Dorfzone D	§ 6	Dorfzone	§ 5	Dorfzone
	-			Zweck				
		1 Die Dorfzone D bezweckt die Erhaltung und Entwicklung						1 Die Dorfzone dient zur Erhaltung und Ergänzung des alten
		des typischen Charakters des alten Dorfkernes. Die bauli-						Dorfteils.
		chen Veränderungen haben dies zu berücksichtigen. Für						
		die Beurteilungskriterien ist § 38 Abs.1 massgebend.						
		2 Wohn- und Geschäftsbauten, Landwirtschaftsbetriebe		1 Die Dorfzone ist bestimmt für Wohnen, mässig störendes		1 Die Dorfzone ist für Wohnbauten, Läden, Gewerbe- und		2 Die Dorfzone ist für Wohnbauten, Läden, Gewerbe- und
		und mässig störende Gewerbe (vergl. § 26) sind zugelas-		Gewerbe sowie die Landwirtschaft.		Landwirtschaftsbetriebe bestimmt.		Landwirtschaftsbetriebe bestimmt. Mehrfamilienhäuser bis 6
		sen.						Wohneinheiten sind zugelassen.
		Baukubus		Dorfbild				
		3 Der Kubus hat sich in Stellung, Ausmass und Gestaltung		2 Sämtliche baulichen Veränderungen haben sich dem				3 Alle Bauten müssen sich harmonisch in das Dorfbild einfü-
		der baulichen Umgebung anzupassen.		Dorfbild anzupassen. Gebäude sind mit ihrer Umgebung zu				gen, und zwar insbesondere hinsichtlich der kubischen Er-
				erhalten und dürfen nicht abgebrochen werden. Der Gemein-				scheinung, der Wahl der Baumaterialien und der Dach- und
				derat kann Ausnahmen bewilligen, sofern ein Gebäude für				Fassadengestaltung.
				das Dorfbild unwichtig oder die Erhaltung der Bausubstanz				
				unzumutbar ist.				
				Gestaltung				
				3 Bei der Festlegung der Gestaltungsvorschriften orientiert				
				sich der Gemeinderat am Charakter der bestehenden Über-				
				bauung.				
		Dachgestaltung		Dachgestaltung				
		4 Die Dachneigung muss mindestens 35° und darf höchs-		5 Für Haupt- und Nebengebäude sind nur Dächer mit sym-		3 Die Dächer haben eine Neigung zwischen 25 und 45 Grad		4 Auf Hauptgebäuden sind Flachdächer nicht zulässig. Als
		tens 45° betragen. Es sind nur Dächer mit symmetrischer		metrischer Neigung zugelassen. Die für die Dorfzone charak-		aufzuweisen. Die architektonische Gestaltung der Dächer be-		Dachform ist das Satteldach mit den in der Dorfzone üblichen
		Neigung zugelassen. Auf Klein- und Anbauten sind andere		teristischen Dachvorsprünge sind beizubehalten, bzw. bei Er-		darf besonderer Sorgfalt und hat bei der Wahl der Dachform		Dachvorsprüngen und einer beidseitig gleichen Neigung von
		Steildachformen und -neigungen gestattet. Die für die		gänzungsbauten vorzusehen.		auf das Quartierbild Rücksicht zu nehmen.		35 - 45 Grad erlaubt. Als Bedachungsmaterial sind in der Re-
		Dorfzone charakteristischen Dachvorsprünge sind beizube-						gel Tonziegel zu verwenden. Auf ein begründetes Gesuch hin
		halten bzw. bei Neubauten vorzusehen. First- und Traufab-						kann der Gemeinderat Ausnahmen bewilligen.
		schlüsse sind feingliedrig auszubilden. Wohnbauten sind						ı ı

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
		mit Ziegeln einzudecken, bei den übrigen Bauten ist in begründeten Fällen Faserzement (Schiefer- und Well-platten) zulässig. Im Übrigen gilt § 39.						
				Dachaufbauten				
		5 Dachaufbauten und -einschnitte sowie Glasziegel können		6 Dachaufbauten dürfen 1/3 der Fassadenlänge nicht über-		4 Die gesamte Breite der Dachaufbauten darf auf der 1.		
		vom Gemeinderat bewilligt werden und sind generell in § 39		schreiten. Dies gilt nicht für Alternativenergieanlagen. Dach-		Ebene ein Drittel der Fassadenlänge nicht überschreiten. Auf		
		geregelt. Sie sind allgemein nur im ersten Dachgeschoss		aufbauten sind mit demselben Material wie das Hauptdach		der 2. Ebene sind zur Belüftung vereinzelte gleichformatige		
		zulässig. Dacheinschnitte sind nur überdeckt erlaubt. Dach-		einzudecken. Sie sind auf der Giebelseite von der Fassaden-		Dachflächenfenster von max. 0.8 m2, deren gesamte Breite		
		aufbauten – zugelassen sind einzelne Schleppgauben oder		flucht um mindestens 2 m zurückzusetzen; ihr oberer Ansatz		einen Fünftel der Fassadenlänge nicht überschreitet, erlaubt.		
		Giebellukarnen – und Dacheinschnitte sind mit demselben		muss um mind. 2 Ziegelreihen unter dem Dachfirst sein. Ein-				
		Material wie das Hauptdach einzudecken, sie sind um min-		zelne Dachflächenfenster mit max. 1.0 m² (Rohbaumasse)				
		destens 1.00 m vom Traufabschluss bzw. 2.00 m von der		können vom Gemeinderat bewilligt werden.				
		Giebelfassade zurückzusetzen, ihr oberer Ansatz muss -						
		senkrecht gemessen – mindestens 1.00 m unter dem Dach-						
		first sein (siehe Anhang). Hochformatige Dachflächenfens-						
		ter mit max. 0.80 m2 (Rohlichtmass) sind erlaubt.						
						5 Dachflächenfenster sind nach Möglichkeit zu gruppieren. Weitere Dachgestaltungsvorschriften siehe § 32 und § 33 BNO.		
		Fassaden		Fassaden				
		6 Zugelassen sind verputztes Mauerwerk und Holz (ausge-		4 Zugelassen sind Mauerwerk und Holz. Es sind nur hochfor-				
		nommen Stallbauten). Es sind nur hochformatige, unter-		matige Fenster zugelassen. Betreffend die farbliche Gestal-				
		teilte Fenster gestattet. Frei auskragende Balkone sind		tung sind dem Gemeinderat vor der Ausführung Farbmuster				
		nicht erlaubt.		vorzulegen.				
				vorzuiegen.				
		Umgebung						
		7 Strassenseitig sind Freiräume mit Bäumen, Vorgärten und						
		differenzierter Vorplatzgestaltung zu erhalten bzw. anzu-						
		streben.						
		Baugesuch						
		8 Bei Neubauten und wesentlichen Zweckänderungen ist						
		mit dem Baugesuch ein Umgebungsplan einzureichen, wel-						
		cher auch die Gestaltung des Vorplatzes und die Bepflan-						
		zung aufzeigt.						
		Abweichungen						
		9 Beim Nachweis einer besseren Lösung im Sinne von						
		Abs.1 kann der Gemeinderat Abweichungen von den oben						
		aufgeführten Bauvorschriften gestatten.						
		Bestehende Bauten (Volumenschutz)		Bestehende Bauten				
		10 Sofern die gesundheits-, feuer- und sicherheitspolizeili-		7 Bestehende Bauten dürfen im Rahmen des bisherigen Ge-		2 Bestehende Bauten dürfen innerhalb ihrer Aussenmasse		
		chen Anforderungen gewahrt bleiben und die Verkehrssi-		bäudekubus umgebaut und umgenutzt werden. Unter den		vollständig umgebaut- und umgenutzt werden (siehe § 5		
		cherheit nicht beeinträchtigt wird, dürfen bestehende, dorf-		gleichen Bedingungen kann der Gemeinderat Erweiterungen		Dorfzone bestehende Bauten). Mehr als 6 Wohnungen pro		
		typische Bauten unter Wahrung der vorhandenen First- und		und Ergänzungsbauten bewilligen.		Gebäude sind nicht zulässig. Maximal 2 Wohnungen pro Ge-		
		Traufhöhen unabhängig der Vorschriften über Geschoss-				bäude dürfen Kleinwohnungen (bis 2 1/2 Zimmer) sein.		
		zahl, Gebäude- und Firsthöhe, Ausnützungsziffer, Grenz- und Gebäudeabstand im Rahmen des bestehenden Ge-						
		bäudekubus umgebaut und erneuert werden bzw. bei Ab-						
		bruch auf dem alten Grundriss wieder aufgebaut werden.						
		Das äussere Erscheinungsbild darf dabei nicht wesentlich						
		verändert werden. Umbauten sind einem Abbruch und Neu-						
		bau vorzuziehen.						
								5 Bei der Beurteilung von Baugesuchen für Neubauten, Um
								bauten und Renovationen kann der Gemeinderat soweit mög
								lich kantonale Fachstellen oder andere Fachleute beiziehen
								Zu diesem Zweck sind Bauvorhaben möglichst frühzeitig an-
								zuzeigen.

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
								6 Im schraffierten Teil der Dorfzone dürfen nur Klein- und An- bauten sowie betriebsnotwendige landwirtschaftliche Bauten erstellt werden.
		3.1.3 Wohnzone						
§ 9	§ 7	Wohnzone	§ 7	Wohnzone W2	§ 7	Wohnzone W2	§ 6	Wohnzone W 2
				Zweck				
		1 Die Wohnzone W2 dient dem Wohnen; sie ist für Ein- und		1 Die Wohnzone W2 dient dem Wohnen. Nicht störendes Ge-		1 Die Wohnzone W2 dient dem Wohnen. Wenig störende Be-		1 Die Wohnzone W2 dient dem Wohnen. Nicht störende Ge-
		Zweifamilienhäuser, Reiheneinfamilienhäuser mit maximal		werbe ist zugelassen. Die Wohnzone W2 ist für Ein- und Zwei-		triebe (z.B. Büroräume, Atelier) und nicht störende Gewerbe-		werbe sind zugelassen.
		3 Einheiten und Mehrfamilienhäuser bis 6 Wohneinheiten		familienhäuser, sowie kleine Mehrfamilienhäuser bis max. 4		betriebe sind zugelassen.		
		bestimmt. Nicht störendes, kleineres Gewerbe ist zugelas-		Wohnungen bestimmt.				
		sen.						
						2 Es sind freistehende und zusammengebaute Ein- und Zwei-		2 In der W2 sind Ein- und Zweifamilienhäuser und Reihenein-
						familienhäuser und Doppeleinfamilienhäuser gestattet.		familienhäuser bis 4 Einheiten gestattet.
		2 Der Kubus hat sich in Ausmass und Gestaltung der bauli-						
		chen Umgebung anzupassen.						
				Dachgestaltung				
		3 Die Dachneigung muss mindestens 25° und darf höchs-		2 Auf Hauptgebäuden sind nur Sattel- oder Walmdächer mit				3 Auf Hauptgebäuden sind Flachdächer nicht erlaubt.
		tens 45° betragen, ausgenommen Klein- und Anbauten.		geneigten Dachflächen zugelassen. Für Kleinbauten sind				
				Flachdächer zugelassen. In den im Nutzungsplan "Baugebiet" bezeichneten Bereichen sind Flachdächer vorgeschrieben.				
				bezeichneten Bereichen sind Flachdacher Vorgeschneben.				4 Die Dächer haben eine minimale Neigung von 25 Grad auf-
								zuweisen. Als Bedachungsmaterial sind nur Tonziegel er-
								laubt.
								5 Bei Arealüberbauungen darf die Geschosszahl und die Aus-
								nützungsziffer nicht erhöht werden.
				Sondernutzungsplan				- Industry Services and the services are services and the services and the services and the services are services and the services and the services and the services are services and the services and the services are services are services and the services are services and the services are services are services are services are services and the services are services are services are services are services and the services are service
				3 Die im Nutzungsplan "Baugebiet" als "Arealüberbauung" be-				
				zeichnete Fläche darf nur erschlossen und überbaut werden,				
				wenn ein rechtskräftiger Erschliessungs- oder Gestaltungs-				
				plan vorliegt.				
				Terrassenüberbauungen				
				4 Terrassenüberbauungen sind nur im Rahmen von Areal-				
				überbauungen möglich. Bei Terrassenüberbauungen sind				
				Flachdächer erlaubt.				
		3.1.4 Zone für öffentliche Bauten und Anlagen						
		· ·						
§ 10	§ 8	Zone für öffentliche Bauten und Anlagen	§ 8	Zone für öffentliche Bauten und Anlagen OE	§ 8	Zone für öffentliche Bauten und Anlagen	§ 8	Zone für öffentliche Bauten und Anlagen
				OE-Zone				
				Zweck				
		1 Die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen Oe ist für		1 Die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen ist für Bauten		1 Die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen ist für Bauten		1 Die Zone für öffentliche Bauten und Anlagen ist für Bauten
		Bauten und Anlagen bestimmt, die dem öffentlichen Inte-		und Anlagen bestimmt, die dem öffentlichen Interesse dienen.		und Anlagen bestimmt, die dem öffentlichen Interesse dienen.		und Anlagen bestimmt, die dem öffentlichen Interesse dienen.
		resse dienen.						
				Gestaltung				
		2 Der Gemeinderat legt die Baumasse und Abstände unter		2 Der Gemeinderat legt die Baumasse und Abstände unter		2 Gebäudehöhe, Grenz- und Gebäudeabstände für öffentli-		2 Der Gemeinderat legt die Baumasse und Abstände unter
		Berücksichtigung privater und öffentlicher Interessen fest.		Berücksichtigung privater und öffentlicher Interessen fest. Ge-		che Bauten werden vom Gemeinderat festgelegt.		Berücksichtigung privater und öffentlicher Interessen fest. Ge-
		Gegen- über angrenzenden Wohnzonen sind deren Ab-		genüber angrenzenden Wohnzonen sind deren Abstands-				genüber angrenzenden Bauzonen sind deren Abstands- und
		stands- und Höhenvorschriften einzuhalten.		und Höhenvorschriften einzuhalten.				Höhenvorschriften einzuhalten.
		3 Die einwandfreie Einpassung in die bauliche und land-						
		schaftliche Umgebung und die naturgemässe Umgebungsgestaltung ist bei öffentlichen Bauten und Anlagen beson-						
		ders zu beachten.						
		dois 2d beatilitein.				3 Für die Übernahme von in der Zone OBA eingeteiltem		
						Grundeigentum und dessen Entschädigung gilt das Bauge-		
						setz.		

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
							§ 7	Gewerbezone G
								Die Gewerbezone G ist für mässig störendes Gewerbe sowie für landwirtschaftliche Bauten bestimmt.
								2 Auf Hauptgebäuden sind Flachdächer nicht erlaubt. Die
								Dachneigung hat mindestens 15 Grad zu betragen. Als Beda-
								chungsmaterial sind erlaubt: Tonziegel, Eternit, Strukta-Plat-
								ten.
		3.2 Landwirtschaftszonen		3.2 Landwirtschaftszonen		3.2 Landwirtschaftszonen		
		3.2.1 Landwirtschaftszone						
					§ 9	Kulturlandplan		
						Der Kulturlandplan scheidet die folgenden Nutzungs- und		
						Schutzzonen aus:		
						- Landwirtschaftszone		
						- Naturschutzzone		
						- Uferschutzzone		
						- Landschaftsschutzzone		
						- Föhrenwald mit besonderer Bedeutung für den Natur-		
						schutz		
§ 11	§ 9	Landwirtschaftszone	§ 9	Landwirtschaftszone	§ 10	Landwirtschaftszone 5)	§ 9	Landwirtschaftszone
		1 Die Landwirtschaftszone ist für die überwiegend boden-		1 Die Landwirtschaftszone ist für die bodenabhängige land-		1 Die Landwirtschaftszone ist für die bodenabhängige land-		1 Die Landwirtschaftszone ist für die überwiegend bodenab-
		abhängige Produktion in den Bereichen Acker- und Futter-		wirtschaftliche und Landwirtgartenbauliche Produktion sowie		wirtschaftliche und gartenbauliche Produktion sowie für die in-		hängige Produktion in den Bereichen Acker- und Futterbau,
		bau, Tierhaltung, Gemüse-, Obst- und Rebbau sowie für		für die innere Aufstockung bestimmt.		nere Aufstockung im Sinne Art. 16 und Art. 16a und 2 RPG		Tierhaltung, Gemüse-, Obst-, und Rebbau sowie für den pro-
		den produzierenden Gartenbau bestimmt.				bestimmt.		duzierenden Gartenbau bestimmt.
		2 Die Zulässigkeit von weiteren Produktionsmethoden und				2 Die Zulässigkeit von weiteren Produktionsmethoden und		2 Die Zulässigkeit von weiteren Produktionsmethoden und
		Nutzungsformen richtet sich nach dem eidgenössischen				Nutzungsformen richtet sich nach dem eidgenössischen und		Nutzungsformen richtet sich nach dem eidgenössischen und
		und dem kantonalen Recht.				dem kantonalen Recht.		dem kantonalen Recht.
						Ersatzaufforstungen		
		3 Ersatzaufforstungen sowie Anlagen zum ökologischen		2 Ersatzaufforstungen sowie Anlagen zum ökologischen Aus-		3 Ersatzaufforstungen sowie Anlagen zum ökologischen Aus-		3 Ersatzaufforstungen sowie Anlagen zum ökologischen Aus-
		Ausgleich (z.B. Terrainveränderungen) bis 50 a sind zuläs-		gleich (z.B. Terrainveränderungen) bis 50 a (pro einzelne An-		gleich (z.B. Terrainveränderungen) bis 50 a sind zulässig, so-		gleich bis 50 a sind zulässig, soweit keine überwiegende, ins-
		sig, soweit keine überwiegenden, insbesondere landwirt-		lage) sind zulässig soweit keine überwiegenden insbesondere		weit keine überwiegenden, insbesondere landwirtschaftli-		besondere landwirtschaftliche Interessen entgegenstehen.
		schaftlichen, Interessen entgegenstehen.		landwirtschaftlichen Interessen entgegenstehen.		chen, Interessen entgegenstehen.		
						5) Genehmigung der Änderungen an der Gemeindeversammlung vom 15.12.2006 und vom Regierungsrat am 04.04.2007		
		3.2.2 Bauten in der Landwirtschaftszone						
§ 12	§ 10	Bauten in der Landwirtschaftszone	§ 10	Bauten in der Landwirtschaftszone	§ 11	Bauten in Landwirtschaftszone	§ 10	Bauten in der Landwirtschaftszone
				Bauten in der Landwirtschaftszone				
		1 Für alle Bauten und Anlagen ist ein in Abwägung sämtli-		1 Für alle Bauten und Anlagen ist ein in Abwägung sämtlicher		1 Für alle Bauten und Anlagen ist ein in Abwägung sämtlicher		1 Alle Bauten und Anlagen müssen sich in Bezug auf ihren
		cher betroffener Interessen optimaler Standort zu wählen.		betroffener Bauten in der Interessen optimaler Standort zu		betroffener Interessen optimaler Standort zu wählen. Sie ha-		Standort sowie Ausmass, Gestaltung, Stellung und Umge-
		Sie haben sich in Bezug auf Ausmass, Gestaltung, Stellung		wählen. Sie haben sich in Bezug auf Ausmass, Gestaltung,		ben sich in Bezug auf Ausmass, Gestaltung, Stellung sowie		bungsbepflanzung ins Landschaftsbild einfügen.
		sowie Umgebungsbepflanzung ins Landschaftsbild einzufü-		Stellung sowie Umgebungsgestaltung (inkl. Bepflanzung) gut		Umgebungsbepflanzung ins Landschaftsbild einzufügen. Der		
		gen.		ins Landschaftsbild einzufügen.		Standort muss landschaftlich tragbar sein.		
		2 Für Wohngebäude sind 2 Geschosse erlaubt. Im Übrigen		2 Für Wohngebäude sind 2 Geschosse erlaubt. Im Übrigen		2 Für Wohngebäude sind 2 Geschosse erlaubt. Im Übrigen		Für Wohngebäude sind 2 Geschosse erlaubt. Im Übrigen wer-
		werden Gebäudehöhen und Gebäudelängen vom Gemein-		werden Gebäudehöhen und Gebäudelängen vom Gemeinde-		werden Gebäude höhen und Gebäudelängen vom Gemein-		den Gebäudehöhe und Gebäudelänge vom Gemeinderat un-
		derat unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse		rat unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und		derat unter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse		ter Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse und der
		und der bau- und feuerpolizeilichen sowie wohnhygieni-		der bau- und feuerpolizeilichen sowie wohnhygienischen Er-		und der bau- und feuerpolizeilichen sowie wohnhygienischen		bau- und feuerpolizeilichen sowie wohnhygienischen Erfor-
		schen Erfordernisse festgelegt. Es gilt für alle Bauten ge-		fordernisse festgelegt. Es gilt für alle Bauten gegenüber den		Erfordernisse festgelegt. Es gilt für alle Bauten gegenüber		dernissen festgelegt. Es gilt für alle Bauten gegenüber den
		genüber den angrenzenden privaten Grundstücken gene-		angrenzenden privaten Grundstücken generell ein Grenzab-		den angrenzenden privaten Grundstücken generell ein		angrenzenden privaten Grundstücken generell ein Grenzab-
		rell ein Grenzabstand aus der halben Gebäudehöhe, min-		stand aus der halben Gebäudehöhe, mindestens aber 4 m.		Grenzabstand aus der halben Gebäudehöhe, mindestens		stand aus der halben Gebäudehöhe, mindestens aber 4 m.
		destens aber 4 m.		Im Übrigen gelten sinngemäss die Bestimmungen für die Dorfzone.		aber 4 m.		
		3 In der Landwirtschaftszone gilt die Empfindlichkeitsstufe		3 In der Landwirtschaftszone gilt die Empfindlichkeitsstufe III.		3 In der Landwirtschaftszone gilt die Empfindlichkeitsstufe III		3 In der Landwirtschaftszone gilt die Empfindlichkeitsstufe III.
		III.						

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
		3.3 Schutzzonen		3.3 Schutzzonen		3.3 Schutzzonen		4. Schutzzonen
		3.3.1 Naturschutzzonen im Kulturland						
					§ 12	Schutzzonen		
					9 12	Schutzzonen- und Objekte aus dem Bereich Naturschutz sollen wenn möglich aufgrund von Vereinbarungen mit den Grundeigentümern und Bewirtschaftern durch angepasste land- und forstwirtschaftliche Nutzung unterhalten und gepflegt werden. Die Einzelheiten werden in diesen Vereinbarungen zwischen dem Gemeinderat bzw. dem Kanton und dem Grundeigentümer bzw. dem Bewirtschafter festgelegt. Grundeigentümer bzw. Bewirtschafter haben Anspruch auf angemessene Abgeltung, wenn sie im Interesse des Schutzzieles die bisherige Nutzung einschränken oder eine Leistung ohne entsprechenden wirtschaftlichen Ertrag erbringen. Unterlässt ein Grundeigentümer die für das Erreichen des Schutzzieles notwendige Nutzung, so hat er die durch den Gemeinderat bzw. den Kanton angeordnete Nutzung zu dul-		
§ 15	§ 11	Naturschutzzonen Kulturland	§ 12	Naturschutzzonen im Kulturland	§ 13	den. Naturschutzzone	§ 11	Schutzzonen und Schutzobjekte allgemein
3	3 11	rvatarScriutzzonen rvaltariaria	3 12	Naturschutzzone Kulturland	3 13	NATALISONALZZONG	3 11	Condizzonen und Gondizobjekte aligentetti
		Die Naturschutzzonen dienen der Erhaltung und Entwick-		Die im Anhang I aufgeführten und im "Nutzungsplan Kultur-		Die Naturschutzzone dient der Erhaltung und Entwicklung		1 Die Schutzzonen dienen der Erhaltung und Entwicklung von
		lung von Lebensräumen schutzwürdiger Pflanzen und		land" bezeichneten Naturschutzzonen dienen der Erhaltung		von Lebensräumen schutzwürdiger Pflanzen und Tiere.		Lebensräumen schutzwürdiger Pflanzen und Tieren sowie
		Tiere.		und Entwicklung von Lebensräumen für schutzwürdige Pflanzen und Tiere.				geologisch wertvoller Objekte.
				Hecken und Feldgehölze				
				2 Eine Rodung von geschützten Hecken und Feldgehölzen darf nur aus zwingenden Gründen und nur mit Bewilligung des Gemeinderates erfolgen. Die Erteilung einer solchen Bewilligung setzt voraus, dass an geeigneter Stelle gleichwertiger Ersatz geschaffen wird. Im Kulturland ist für Hochbauten ein Abstand von mindestens 10 m einzuhalten, im Baugebiet ein solcher von mindestens 6 m.				
						3 Bauten, Anlagen, Terrainveränderungen (Abgrabungen, Aufschüttungen, Ablagerungen) sind verboten, soweit sie nicht dem Schutz oder Unterhalt der Naturschutzzone dienen.		2 Bauten, Anlagen, Terrainveränderungen (Abgrabungen, Aufschüttungen, Ablagerungen) sind verboten, soweit sie nicht dem Schutz oder Unterhalt der Schutzzone dienen.
								3 In den Naturschutzzonen sowie Magerwiesenzonen und artenreichen Weiden ist alles zu unterlassen, was die Pflanzenund Tierwelt beeinträchtigen kann. Verboten ist insbesondere das Verlassen der Wege, das Anzünden von Feuern ausserhalb der hierfür vorgesehenen Stellen, die Durchführung von Festen und sportlichen Veranstaltungen, das Laufenlassen von Hunden. 4 Naturschutzzonen dürfen betreten werden für Unterhaltsarteit in die die Veranstaltungen von Green verden für Unterhaltsarteit verschaftlichen verschaftlichen verschaftlichen verschaftliche verschaftlichen verschaftliche verschaft
								beiten, für die Überwachung, für wissenschaftliche Untersuchungen und für geführte Exkursionen.
			§ 11	Naturschutzzonen			§ 12	Naturschutzzonen
		4 Folgende Naturschutzzonen werden ausgeschieden:		Es werden die Naturschutzzonen gemäss Anhang I ausgeschieden. Der Anhang I ist rechtsverbindlicher Bestandteil der BNO.		Der Kulturlandplan weist folgende Naturschutzzonen aus: Ob de Rebe: Magerwiese Hübel: Magerwiese, artenreiche Heuwiese, artenreiche Weide		1 Folgende Naturschutzzonen werden ausgeschieden: • Sagemülital - Hundsruggen • Herenstal Im Gebiet Sagemülital - Hundsruggen werden Unterhalt und Nutzung für die Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand

§ § § Entwurf	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
	Zone Bezeichnung im Plan Schutzziel Bewirtschaftung und Unterhalt, Nutzungseinschränkungen Magerwiese gelb Artenreiche Heuwiese (hoher Anteil Magerkeitszeiger) • Rüedacher • Stellacher • Itele • Wissriedacher • Alter Ischlag • Rai • Inneri Itelehalde				- Hasewinkel / Barnig / Ob de Rebe / Hübel: Föhrenwald mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz		im Pflegeplan der Abteilung Landschaf t und Gewässer geregelt. Flächen im privaten Eigentum sollen ebenfalls nach diesem Pflegeplan genutzt und unterhalten werden.
	3 Die darauf ausgerichteten Nutzungsbestimmungen werden in den Richtlinien zum Naturschutz gemäss § 47 festgelegt, vorbehalten die privatrechtlichen Bewirtschaftungsvereinbarungen gemäss NLD zwischen Baudepartement und Bewirtschafter.						
			Nutzungseinschränkungen		Artenreiche Wiesen 4 Es bestehen folgende Nutzungseinschränkungen:	§ 13	Magerwiesenzonen 1 Magerwiesen sind extensiv genutzte Wiesen mit besonders schutzwürdigen Pflanzen- und Tiergemeinschaften auf trockenem oder feuchtem Untergrund.
	2 Soweit nachstehend nichts anderes festgelegt wird, sind Bauten, Anlagen, Terrainveränderungen (Abgrabungen, Aufschüttungen, Ablagerungen), Bewässerung, Entwässerung, Düngung, Beweidung, Umbruch, Aufforstung, Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautvertilgungsmitteln nicht gestattet.		3 Soweit nichts anderes festgelegt wird, sind in allen Naturschutzzonen Bauten, Anlagen, Terrainveränderungen (Abgrabungen, Aufschüttungen, Ablagerungen), Bewässerung, Entwässerung, Umbruch, Verwendung von Pflanzenschutzund Unkrautvertilgungsmitteln, Düngung, Beweidung und Aufforstung nicht gestattet. Bauten im Interesse der Schutzziele sind gestattet.		Magerwiese: Auf den im Kulturlandplan mit "M" bezeichneten Gebieten ist Düngung, Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautvertilgungsmitteln, Bewässerung, Entwässerung, Beweidung, Umbruch sowie Aufforstung untersagt. Die Wiesen sind jährlich einmal nach dem 1. Juli zu mähen, das Schnittgut ist wegzuführen. Ein Emdschnitt kann durchgeführt werden.		2 Bauten, Anlagen, Terrainveränderungen, Bewässerung, Beweidung, Umbruch und Aufforstung, die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautvertilgungsmitteln sind verboten. Die Nutzung als Heuwiese ist gestattet.
					Artenreiche Heuwiese: Auf die im Kulturlandplan im Gebiet Hübel mit "H" bezeichnete Parzelle kann jährlich eine Gabe Stallmist von 100-200 kg/a ausgebracht werden, oder die Wiese kann jährlich mit 20 kg Phosphor (P2O5) /ha (entspricht 100 kg Thomasmehl) und 40 kg Kali (K2O) /ha gedüngt werden.		
							3 Der Nutzungsplan weist folgende Magerwiesenzonen aus:
							4 Die Wiesen sind jährlich einmal oder zweimal zu mähen. Es gelten folgende Daten: Schründli: Nach dem 15. Juni, Emdschnitt erlaubt. Hugerai: Nach dem 15. Juni, Emdschnitt erlaubt. Sagenacker unten: Nach dem 15. Juni, Emdschnitt erlaubt. oben: Nach dem 15. Juni, kein Emdschnitt. Reben: Nach dem 1. Juli, Emdschnitt erlaubt. Nonnenmatt: Nach dem 1. Juli, Emdschnitt erlaubt.
							Artenreiche Weide
					Artenreiche Weide: Die im Kulturlandplan im Gebiet Hübel mit "W" bezeichnete Parzelle kann als Rinderweide genutzt werden. Die Sträucher sind wichtige Kleinlebensräume und Zusatzfutterquellen, sie sollen erhalten bleiben. Eine weitere Zusatzfütterung ist nicht erlaubt, da damit ein erhöhter Nährstoffeintrag verursacht wird. Vegetationslose Tritt- und Lägerstellen sind möglichst gering zu halten.	§ 14	Artenreiche Weiden sind extensiv genutzte Weiden mit schutzwürdigen Pflanzen- und Tiergemeinschaften auf trockenem Untergrund. Besonders wichtig für den Vogelbestand in diesem Gebiet sind die Hochstammobstbäume. Abgehende Obstbäume müssen deshalb ersetzt werden. 2 Der Nutzungsplan weist das Gebiet Reben als artenreiche

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
								3 Eine eingeschränkte Düngung und die Beweidung sind er-
								laubt. Terrainveränderungen, Bewässerung, Umbruch und Aufforstungen verboten
								3 Eine eingeschränkte Düngung und die Beweidung sind er-
								laubt. Terrainveränderungen, Bewässerung, Umbruch und
								Aufforstungen verboten.
								4 Das Gebiet Reben darf nur als Rinder - oder Kälber- weide
								genutzt werden. Einzelsträucher und Gebüschgruppen sind
								als wichtige Kleinlebensräume und Zusatzfutterquellen zu er-
								halten, doch soll die Verbuschung insgesamt nicht zunehmen.
								Weitere Zusatzfütterung ist nicht erlaubt, da damit ein erhöh-
								ter Nährstoffeintrag verursacht wird. Eine allfällige Unkrautbe-
								kämpfung hat mechanisch zu erfolgen.
		3.3.2 Naturschutzzone Wald		Naturschutzzonen im Wald und besondere Waldbereiche				Naturschutzzone Wald
§ 17	§ 12	Naturschutzzone Wald	§ 13	Naturschutzzone im Wald und besondere Waldbereiche	§ 15	Föhrenwald mit besonderer Bedeutung für den Naturschutz	§ 15	
		1 Die Naturschutzzone Wald dient der Erhaltung und För-		1 Die im Anhang I aufgeführten und im "Nutzungsplan Kultur-		1 Die im Kulturlandplan durch Schraffur hervorgehobenen		1 Die Naturschutzzone Wald dient der Erhaltung und Förde-
		derung seltener Waldgesellschaften und besonderer Wald-		land" bezeichneten besonderen Waldbereiche und Waldrän-		Waldbestände (Föhrenwald mit besonderer Bedeutung für		rung seltener Waldgesellschaften und besonderer Waldstruk-
		strukturen als Lebensraum schutzwürdiger Pflanzen und		der dienen der Erhaltung und Wald Förderung seltener Wald-		den Naturschutz) zeichnen sich durchschutzwürdige Pflanzen		turen als Lebensraum schutzwürdiger Pflanzen und Tiere.
		Tiere.		gesellschaften und besonderer Waldstrukturen als Lebens- raum besonders schutzwürdiger Pflanzen und Tiere.		der Krautschicht aus, deren Erhaltung im öffentlichen Inte-		
		2 Soweit nachstehend oder vertraglich nichts anderes fest-		Die Bestände sind mit standortheimischen Baumarten und		resse liegt. 2 Die Bestände sind in den sich als notwendig erweisenden		2 Zur Erhaltung bzw. Schaffung eines biologisch und land-
		gelegt wird, sind die Bestände soweit möglich mit standort-		auf natürliche Art zu verjüngen. Bereichernde Strukturen und		Abständen auszulichten. Die Strauch- und Krautschicht ist,		schaftlich wertvollen stufigen Waldmantels (mit Strauchsaum)
		heimischen Baumarten und auf natürliche Art zu verjüngen.		Totholz sind zu belassen. Für den Privatwald besteht eine all-		sofern notwendig, abschnittsweise zu mähen und das Schnitt-		sind die Waldränder im Rahmen der waldbaulichen Planung
		Bereichernde Strukturen und Totholz sind zu belassen. Für		gemeine Anzeichnungspflicht durch den Forstdienst.		gut wegzuführen.		entsprechend zu verjüngen, d.h. stufenförmig zu erhalten
		den Privatwald besteht eine allgemeine Anzeichnungs-						bzw. anzulegen.
		pflicht durch den Forstdienst.						
		3 Die darauf ausgerichteten Nutzungsbestimmungen wer-				3 Die auf diese Ziele und Bestimmungen ausgerichteten Nut-		3 Die auf diese Ziele und Bestimmungen ausgerichteten Nut-
		den für den öffentlichen Wald im Waldwirtschaftsplan, für				zungsanweisungen werden für den öffentlichen Wald im Wirt-		zungsanweisungen werden für den öffentlichen Wald im Wirt-
		den Privatwald in den Richtlinien zum Naturschutz gemäss				schaftsplan festgelegt, für den Privatwald nach § 13 BNO.		schaftsplan festgelegt, für den Privatwald im Nutzungsregle-
		§ 47 festgelegt.						ment.
		4 Folgende Naturschutzzonen Wald werden ausgeschie-						4 Zur Erhaltung der lichtbedürftigen Pflanzen sind die Pfeifen-
		den:						gras-Föhrenwälder Hundsruggen, Bühl, Bächli und Widräk in den sich als notwendig erweisenden Abständen auszulichten.
		Bezeichnung im Plan Schutzziel Pflegemassnahmen,	1					5 Die Krautschicht ist, sofern notwendig, periodisch und ab-
		Nutzungseinschränkgunen						schnittsweise zu mähen. Das Schnittgut ist wegzuführen.
		schraffierte Fläche naturwaldgemässe Bestockung - Verjüngung ausschliesslich mit standortheimischen Baumarten						Sommitten close 2a marion. Bas Committed to the grand mon.
		- standortfremde Baumarten mittelfristig entfernen						
		schraffierte Fläche mit Bezeichnung "O" orchideenreicher Föhrenwald - periodische Mahd, offene Teilflächen						
				Besonderer Waldrand "Prophetengut"				
				3 Beim besonderen Waldrand "Prophetengut" ist ein 3 m brei-				
				ter Wiesenstreifen offen zu halten (keine intensive Bewirt-				
				schaftung).				
				Uferschutzzonen				
				Uferschutzzonen		Uferschutzzone		Uferschutzzone
			§ 14	1 Die Uferschutzzonen bezwecken die Erhaltung des Ufers	§ 14	Im Kulturlandplan bezeichnete Uferschutzzone umfasst bei-	§ 17	Die im Nutzungsplan bezeichnete Uferschutzzone umfasst
				mit Einschluss der Bestockung sowie den Schutz des Gewäs-		derseits der Gewässer die Ufervegetation sowie einen Strei-		beiderseits der Gewässer einen Streifen von 3 m.
				sers und seiner Ufervegetation vor Verunreinigung.		fen von 5 m. Untersagt sind das Pflügen, die Verwendung von		Untersagt sind das Pflügen, die Verwendung von Dünge-,
						Dünge-, Pflanzenschutz- und Unkrautvertilgungsmitteln so-		Pflanzenschutz- und Unkrautvertilgungsmitteln sowie weitere
						wie weitere Veränderungen.		Veränderungen, soweit sie nicht dem Schutz oder Unterhalt der Uferschutzzone dienen.
				2 Veränderungen an dem Gewässer und dessen Uferbesto-				
				ckung sind verboten. Von diesem Verbot ausgenommen sind				
				die im öffentlichen Interesse erforderlichen Unterhaltsarbeiten				
				gemäss BauG.				

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
		3.4. Überlagerte Schutzzonen		3.4 Überlagerte Schutzzonen		3.4 Überlagerte Schutzzonen		
		3.4.2 Landschaftsschutzzone		Landschaftsschutzzone				
§ 16	§ 14	Landschaftsschutzzone	§ 15	Landschaftsschutzzone	§ 16	Landschaftsschutzzone	§ 16	Landschaftsschutzzone
		1 Die Landschaftsschutzzone ist der Landwirtschaftszone		1 Die Landschaftsschutzzone ist der Landwirtschaftszone		1 Die Landschaftsschutzzone ist der Landwirtschaftszone		1 Die Landschaftsschutzzone ist der Landwirtschaftszone
		überlagert. Sie dient der Erhaltung der Landschaft in ihrem		überlagert. Sie dient der Erhaltung der Landschaft in ihrem		überlagert. Sie dient der Erhaltung der Landschaft in ihrem		überlagert. Sie dient der Erhaltung der Landschaft in ihrem
		Aussehen und ihrer Eigenart. Zusätzlich zu den Vorschrif-		Aussehen und ihrer Eigenart. Unter Vorbehalt von Absatz 3		Aussehen und in ihrer Eigenart. Unter Vorbehalt von Abs. 3		Aussehen und in ihrer Eigenart. Bauten, Anlagen sowie Ter-
		ten der Grundnutzungszone sind Bauten und Anlagen so-		sind Bauten und Anlagen sowie Terrainveränderungen (Ab-		sind Bauten, Anlagen sowie Terrainveränderungen (Abgra-		rainveränderungen (Abgrabungen, Aufschüttungen, Ablage-
		wie Terrainveränderungen (Abgrabungen, Aufschüttungen,		grabungen, Aufschüttungen, Ablagerungen) verboten.		bungen, Aufschüttungen, Ablagerungen) verboten.		rungen) sind verboten.
		Ablagerungen) verboten.						
						2 Die landwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang wird		2 Die landwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Umfang bleibt
						gewährleistet. Erlaubt sind auch Mieten für die Feldrandkom-		gewährleistet.
						postierung.		
		2 Die zulässige Nutzung bestimmt sich nach § 9 Abs. 1.		2 Die zulässige Nutzung bestimmt sich nach § 9, Abs.1.				
		3 Kleinere Terrainveränderungen, Bienenhäuschen, Wei-		3 Kleinere Terrainveränderungen, Bienenhäuschen, Weide-		3 Kleinere Terrainveränderungen und landwirtschaftliche	_	3 Kleinere Terrainveränderungen und landwirtschaftliche
		deunterstände, Fahrnisbauten, die der Bewirtschaftung die-		unterstände, Fahrnis- bauten, die der Bewirtschaftung dienen,		Fahrnisbauten (Weidescheune, Geräteschopf, Bienenhäus-		Fahmisbauten, die der Bewirtschaftung dienen, sowie be-
		nen sowie betriebsnotwendige Installationen (Einzäunun-		sowie betriebsnotwendige Installationen (Hagelschutznetze,		chen usw.), die der Bewirtschaftung dienen, unterstehen der		triebsnotwendige Installationen können bewilligt werden,
		gen, Hagelschutznetze, usw.) können bewilligt werden,		etc.), Bauten und Anlagen für den ökologischen Ausgleich		Zustimmung des Baudepartementes/Baugesuchszentrale so-		wenn sie auf den Standort angewiesen sind und keine über-
		wenn sie auf den Standort an- gewiesen sind und keine		sowie Gewässerrenaturierungen können bewilligt werden,		wie der Bewilligung durch den Gemeinderat. Sie können be-		wiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen.
		überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen.		wenn sie auf den Standort angewiesen sind und keine über-		willigt werden, wenn sie auf den Standort angewiesen, dem		
				wiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen.		Ziel der Schutzzone nicht widersprechen und keine überwie-		
						genden öffentlichen Interessen entgegenstehen.		
		3.4.1 Ortsbildschutzzone						
	§ 13	Ortsbildschutzzone						
		1 Die im Bauzonen- und Kulturlandplan bezeichnete Orts-						
		bildschutzzone umfasst die für das Ortsbild besonders wert-						
		vollen Ortsteile.						
		2 Baugesuche in der Ortsbildschutzzone werden vom Ge-						
		meinderat vor seinem Entscheid dem Baudepartement zur						
		Stellungnahme unterbreitet.						
		3 Für Bauvorhaben in der Ortsbildschutzzone steht die Abt.						
		Ortsbildschutz des Baudepartementes den Bauherren						
		schon vor der Projektierung beratend zur Verfügung.						
		Ortsbildschutzzone "Teilgebiet Bächle Nord"						
		4 In der im Bauzonenplan bezeichneten Ortsbildschutzzone						
		"Teilgebiet Bächle Nord" sind zusätzlich zu den obenste-						
		henden Bestimmungen keine neuen Hochbauten gestattet.						
		Ausgenommen sind Klein-, An- und Nebenbauten sowie be-						
		triebsnotwendige landwirtschaftliche und gewerbliche Bau-						
		ten. Baubewilligungen können nur mit Zustimmung des						
		Baudepartementes erteilt werden.						
		3.5. Schutzobjekte		3.5 Schutzobjekte		3.5 Schutzobjekte		5 Schutzobjekte
		3.5.1 Naturobjekte		Naturobjekte				
§ 22	§ 15	Naturobjekte	§ 16	Naturobjekte	§ 17		§ 18	Naturobjekte
		Die im Kulturlandplan bezeichneten und nachfolgend auf-		Die im Anhang II aufgeführten und im Nutzungsplan Kultur-				Die im Kulturlandplan bezeichneten und nachstehend auf-
		gelisteten Naturobjekte sind geschützt; sie dürfen nicht be-		land bezeichneten Naturobjekte sind von besonderem kultu-				gelisteten Naturobjekte sind geschützt und dürfen nicht besei-
		seitigt werden und sind artgerecht zu unterhalten.		rellem und natur- resp. kulturgeschichtlichem Wert. Sie sind				tigt werden.
				geschützt, dürfen nicht beseitigt werden und sind artgerecht				Ŭ
				zu unterhalten. Der Anhang II ist rechtsverbindlicher Bestand-				
				teil der BNO.				
		2 Folgende Naturobjekte sind geschützt:				5 Der Kulturlandplan weist folgende Naturschutzobjekte aus:		2 Im Kulturlandplan werden folgende Naturobjekte geschützt
		, ga				,		,

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg Beschluss GV 27. Nove		ungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
		Naturobjekte Bezelchnung im Plan Hecken heilgrüne Signatur Geschützter Waldrand dunkeigrüne Signatur Hochstammobstbestand (Orientilerungsinhalt) generell	Schutzziel - Brut- und Nahrungsbiotop - Gliederung der Landschaft - Vernetzungselement - Artenreichturm - Windschutz - vielfältiger Übergangsbereich Wald - Kulturtand	Pflegemassnahmen, Nutzungseinschränkungen - Struktur erhalten - periodisch zurück schreiden/verjungen - im gleichen Jahr nicht mehr als 1/3 auf den Slock setzen - Waldrand stufig strukturiert anlegen und erhalten (periodisch verjungen) - Bestände erhalten - abgehende Bäume I.d. Regel wieder mit Hoch- stammobstbäumen ersetzen - Neupflanzungen er- wünscht - die Gemeinde unterstützt				- Kastanie ob de Rebe - Eiche Felsenacher - Baumgruppe Spyracher		 Linner Linde 2 Linden Birehölzli Eiche Zelgli Eiche Leumli Kopfweide Nonnenmatt Weide Bächli
			- Nährstoffeinschwämmung in Gewässer/Schutzoner Schutzoner schutzener schutz	- die Gemeinde untersauzr Ersatz- und Neupflanzungen - Verwendung von Dünger und Pflanzenschutzmittel, Umbruch sowie die Erstellung von Hochbauden nicht zulässig -Pflege auf lange Lebensdauer -freistehender Baum: bei natünlichem Abgang ersetzen - keine Beeinträchtigungen - keine aussichtsbehindernde Bauten und bielbende Pflanzungen						
				, , , , , , , , , , , , , , , , , , , ,				Hecken, Ufergehölze	§ 20	Hecken, Ufergehölze, Feldgehölze
								1 Die im Kulturlandplan bezeichneten Hecken (einschliesslich Gebüschgruppen, Ufer- und Feldgehölze sowie Bäume innerhalb der Hecken) sind landschaftlich und biologisch wertvoll und dürfen nicht gerodet werden. Sie sind abschnitts- weise zu pflegen. Ausschlagkräftige Arten wie z.B. Hasel, Esche können auf den Stock gesetzt werden, doch darf nicht mehr als 1/3 des Bestandes geschlagen werden. Markante Bäume müssen erhalten werden. 2 Eine Rodung von Hecken aus zwingenden Gründen darf nur mit Bewilligung des Gemeinderates bzw. des Baudepartementes (bei Ufergehölzen) vorgenommen werden. Die Erteilung einer Bewilligung setzt voraus, dass an geeigneter Stelle Ersatz geschaffen wird (§ 4 Abs. 3 NLD). Magere Strassenböschung 3 Die im Kulturlandplan bezeichneten mageren Strassenböschungen sind biologisch wertvoll. Sie dürfen nicht gedüngt werden. 4 Die im Kulturlandplan bezeichneten und nachstehend aufgelisteten Naturschutzobjekte sind von besonderem naturkundlichem oder landschaftsprägendem Wert und dürfen nicht beseitigt werden. Natürliche Abgänge von Einzelbäumen sind zu ersetzen. Der Gemeinderat kann bei geeignetem		Die im Bauzonen-/Kulturlandplan bezeichneten Hecken (einschliesslich Gebüschgruppen, Ufer- und Feldgehölze sowie Bäume innerhalb der Hecken) sind landschaftlich und biologisch wertvoll und dürfen nicht gerodet werden. Sie sind abschnittsweise zu pflegen. Ausschlagkräftige Arten wie zum Beispiel Hasel, Esche können auf den Stock gesetzt werden, doch darf nicht mehr als 1/3 des Bestandes geschlagen werden. Markante Bäume müssen erhalten werden.
								Ersatz Ausnahmen bewilligen (§ 4 Abs. 3 NLD).		
					\$ 47	Aussichtspunkte				
					§ 17	Aussichtspunkte Die im Anhang II aufgeführten und im Nutzungsplan "Kulturland" bezeichneten Aussichtspunkte sind von Sichtbehinderungen freizuhalten. Die Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit muss gewährleistet sein. Der Anhang II ist rechtsverbindlicher Bestandteil der BNO.		Waldrand Zur Erhaltung bzw. Schaffung eines biologisch und land-		
								schaftlich wertvollen stufigen Waldmantels (mit Strauchsaum) sind die im Kulturlandplan bezeichneten Waldränder im Rahmen der waldbaulichen Planung entsprechend zu verjüngen,		

8	8	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	8	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf	3	Beschluss GV 27. November 1998	3	Beschluss GV 29. Juni 2001	3	Beschluss GV 12. Juni 1998	3	Beschluss GV 11.Juni 1999
						d.h. stufenförmig zu erhalten bzw. anzulegen. Dünge- und		
						Spritzmittel dürfen nur bis zu einem Abstand vom mindestens		
						3 m an den Waldsaum verwendet werden.		
§ 23					§ 19	Hochstammbestände	§ 21	Hochstammobstbaumbestand
						Das Landschaftsbild wird wesentlich von hochstämmigen		Das Landschaftsbild wird wesentlich von hochstämmigen
						Obstbäumen mitgeprägt. Deren Bestand soll erhalten bleiben.		Obstbäumen mitgeprägt. In den Baumgärten um das Dorf, im
						Abgehende Bäume sind deshalb an geeigneter Stelle zu ersetzen.		Nutzungsplan eingetragen, sind abgehende Hochstammobst- bäume nach Möglichkeit wieder durch junge Bäume zu erset-
						Seizen.		zen. Bestände ausserhalb dieses Gebietes sollen erhalten
								bleiben.
								Für den Hochstammobstbestand Reben gilt zusätzlich § 14
								dieser Bau- und Nutzungsordnung.
							§ 22	Bach, Wasserfälle
								1 Die Bachläufe und die Wasserfälle sind in ihrem natürlichen
								Zustand zu erhalten.
								Weiher
								Die Ausübung privater Fischereirechte bleibt im Rahmen
								der gesetzlichen Bestimmungen gestattet, soweit die übrige
								Tier- und Pflanzenwelt nicht beeinträchtigt wird. Das Baden
								und jeder andere Wassersport ist untersagt.
								3 Die Verlandung der Wasserfläche ist sofern notwendig ab-
								schnittsweise rückgängig zu machen.
		3.5.2 Geschützte Gebäude						
§ 24	§ 16	Gebäude mit Substanzschutz					§ 23	Gebäude mit Substanzschutz
		1 Die im Bauzonen- und Kulturlandplan violett bezeichneten						1 Die im Bauzonenplan rot bezeichneten Gebäude sind von
		Gebäude sind von kulturgeschichtlichem oder symboli-						kulturgeschichtlichem Wert und in ihrer Substanz geschützt.
		schen Wert und in ihrer Substanz geschützt. Sie dürfen						Sie dürfen nicht abgebrochen werden und sind zu unterhal-
		nicht abgebrochen werden und sind zu unterhalten. Inner- halb des bestehenden Bauvolumens dürfen sie aus- und						ten. Innerhalb des bestehenden Volumens dürfen sie aus- und umgebaut werden, soweit dies dem Schutzziel nicht ent-
		umgebaut werden, soweit dies dem Schutzziel nicht entge-						gegensteht.
		gensteht.						gogoniciona
		Gebäude mit Volumenschutz			§ 20	Gebäude mit Volumenschutz		Gebäude mit Volumenschutz
		2 Die im Kulturlandplan blau bezeichneten Gebäude sind			3	1 Die im Bauzonenplan und Kulturlandplan blau bezeichneten		2 Die im Bauzonenplan blau bezeichneten Gebäude sind für
		für das Ortsbild von besonderem Wert und in ihrem Volu-				Gebäude sind für das Ortsbild von besonderem Wert und so-		das Ortsbild von besonderem Wert und in ihrem Volumen ge-
		men geschützt. Zusätzlich zu den in Abs. 1 zugelassenen				mit in ihrem Volumen geschützt. Innerhalb des bestehenden		schützt. Zusätzlich zu den in Abs. 1 zugelassenen baulichen
		baulichen Massnahmen dürfen sie abgebrochen und an				Bauvolumens dürfen sie aus- und umgebaut werden. Sie dür-		Massnahmen dürfen sie abgebrochen werden, sofern eine Er-
		gleicher Stelle mit den bisherigen Aussenmassen wieder				fen auch abgebrochen und an gleicher Stelle mit gleichen		stellung von Ersatzbauten gesichert ist. Sie müssen an glei-
		aufgebaut werden. Es ist auf eine besonders gute Einpas-				Aussenmassen und gleichem Erscheinungsbild wieder aufge-		cher Stelle und mit den bisherigen Aussenmassen wieder auf-
		sung in das Ortsbild zu achten.				baut werden. Von diesen kann abgewichen werden, wenn		gebaut werden. Von diesen kann nur abgewichen werden,
						dadurch für das Ortsbild eine gleich- wertige Lösung entsteht. Gesamthaft ist auf eine besonders gute Einpassung in das		wenn dadurch eine für das Ortsbild gleichwertige Lösung ent- steht. Gesamthaft ist auf eine besonders gute Einpassung in
						Ortsbild zu achten. In begründeten Fällen und aus Gründen		das Ortsbild zu achten.
						der Verkehrssicherheit kann der Gemeinderat geringfügige		2.02.02 24 40.0000
						Standortverschiebungen bewilligen.		
		3 Die zulässigen Nutzungen richten sich nach den Zonen-				2 Die zulässige Nutzung richtet sich nach den Zonenvorschrif-		3 Die zulässige Nutzung richtet sich nach den Zonenvorschrif-
		vorschriften.				ten.		ten.
		3.5.3 Weitere Kulturobjekte		Kulturobjekte				
§ 25	§ 17	Weitere Kulturobjekte	§ 18	Kulturobjekte			§ 19	Kulturobjekte, geologische Objekte
		1 Die im Kulturlandplan bezeichneten Kulturobjekte (ehem.		Die im Anhang II aufgeführten Kulturobjekte sind geschützt				1 Die im Kulturlandplan bezeichneten und nachstehend auf-
		Bohnerzlöcher im Wald und die Polenmauer) sind geschützt		und dürfen nicht beseitigt werden. Der Anhang II ist rechtsver-				gelisteten Kulturobjekte und geologischen Objekte sind ge-
		und dürfen nicht beseitigt werden.		bindlicher Bestandteil der BNO.				schützt und dürfen nicht beseitigt werden.
								2 Im Kulturlandplan werden geschützt: Kulturobjekte
								Rebmauer "Känzeli" Reben Geologische Objekte

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§.	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf	· ·	Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998	ľ	Beschluss GV 11.Juni 1999
								Dogger-Aufschluss Linnerberg-Zelgli
								Nagelfluh-Aufschlüsse Rüchlig
								Nagelfluh-Aufschluss Hugerai
								3 Das geologische Schutzobjekt Dogger-Aufschluss Linner-
								beg-Zelgli ist durch periodisches Säubern vor dem Überwach-
								sen durch Gebüsche oder andere Pioniervegetation freizuhal-
								ten. Die anderen geologischen Schutzobjekte und Kulturob-
								jekte sollen in ihrem jetzigen Zustand erhalten werden.
		3.6 Weitere Zonen gemäss Art. 18 RPG						
		3.6.1 Spezialzone für bodenunabhängige Landwirtschaft, Gartenbau						
§ 14	§ 18	Spezialzone Gärtnerei						
		1 Die Spezialzone Gärtnerei ist für die bodenabhängige und						
		bodenunabhängige Produktion im Bereich des Pflanzen-						
		baus bestimmt.						
		2 Bauten und Anlagen sind gestattet, soweit sie der zuläs-						
		sigen Nutzung dienen und betriebsnotwendig sind. Der Ge-						
		meinderat legt die Baumasse unter Abwägung der betroffe-						
		nen privaten und öffentlichen Interessen im Einzelfall fest.						
		Es gilt die Empfindlichkeitsstufe III.						
		3.6.2 Weilerzone						
	§ 19	Weilerzone Ueberthal						
		1 Die Weilerzone ist der Landwirtschaftszone überlagert Sie						
		bezweckt die Erhaltung und massvolle Entwicklung des						
		Weilers Ueberthal unter Wahrung der bestehenden bauli-						
		chen Substanz, des Weilerbildes sowie des traditionellen						
		Charakters der Kleinsiedlung.						
		Soweit nichts Abweichendes festgelegt ist, gelten die Vor-						
		schriften der Landwirtschaftszone.						
		2 Die im Kulturlandplan farbig bezeichneten Bauten dürfen						
		zu Wohn- und Landwirtschaftszwecken genutzt werden.						
		Mässig störende Kleingewerbe mit geringem Zubringerver-						
		kehr sind zulässig, soweit sie den Charakter des Weilers						
		nicht stören. Die schwarz bezeichneten Bauten unterstehen						
		bezüglich Nutzung den Vorschriften der Landwirtschafts-						
		zone.						
		Ortsbildschutz						
		3 In der Weilerzone hat der Ortsbildschutz einen hohen						
		Stellenwert. Alle baulichen Massnahmen, die Nutzung so-						
		wie die Umgebungsgestaltung müssen sich einwandfrei in						
		das Weilerbild einfügen. Der Gemeinderat kann die Besei-						
		tigung störender Elemente verlangen. Bauten in der Umge-						
		bung der Weilerzone dürfen das Weilerbild nicht beeinträch-						
		tigen. Zur Beurteilung von Bauvorhaben kann der Gemein-						
		derat ein Fachgutachten einholen.						
		Bauvorschriften						
		4 Pro Hauptgebäude dürfen höchstens 4 Wohneinheiten						
		geschaffen werden. Die Schaffung neuer Wohnräume setzt						
		voraus, dass sämtliche Nebenräume inkl. Garagen in die						
		bestehenden Haupt- und Nebenbauten integriert werden.						
		-						
		Gestaltung 5 Betreffend der äusseren Gestaltung der Bauten und ihrer						
		Umgebung gelten die Bauvorschriften der Dorfzone (§ 6)						
		omgebung genen die bauvorschillen der Donzone (§ 6)						

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
		und die Ortsbildschutzbestimmungen gemäss § 13. Dau-						
		ernde Einfriedigungen sind nur für Pflanzgärten und Weiden						
		gestattet.						
		Gestaltungsplan						
		6 Mit einem Gestaltungsplan kann der Gemeinderat weitere Bauten, die nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden,						
		den Vorschriften der Abs. 2, 4 und 5 unterstellen sowie ein-						
		zelne Neubauten vorsehen, soweit dies im Interesse der Er-						
		haltung und massvollen Entwicklung des Weilers liegt.						
		Baureife						
		7 Nutzungsänderungen und bauliche Massnahmen können						
		erst bewilligt werden, wenn die abwassertechnische Er-						
		schliessung gemäss dem kommunalen Sanierungsplan vor-						
		handen ist.						
		Baubewilligung						
		8 Baubewilligungen dürfen vom Gemeinderat nur mit Zu-						
		stimmung des Baudepartementes/Baugesuchszentrale er-						
		teilt werden.						
		4 Definitionen		4. DEFINITIONEN		4. Definitionen		6. Definitionen
				4.0 Allgemeines				
				Die wichtigsten Definitionen sind in der ABauV abschliessend				
				geregelt.				
				4.1 Ausnutzung		4.1 Allgemeines		
§ 29			§ 20	Ausnützungsziffer	§ 21	Ausnützungsziffer	§ 24	Ausnützungsziffer
				1 Untergeschosse werden bei der Ausnützungsziffer in allen		An die Ausnützungsziffer werden das Dachgeschoss und das		An die Ausnützungsziffer werden das Dachgeschoss und das
				Bauzonen nicht angerechnet.		Untergeschoss nicht angerechnet.		Untergeschoss nicht angerechnet.
				Ausnützungszuschlag				
				2 Bei behindertengerechter Bauweise gemäss den Anforde-				
				rungen des Baugesetzes und den Anforderungen der Behin-				
				dertenorganisationen kann der Gemeinderat einen Ausnüt-				
				zungszuschlag bis zu 15 % gewähren.				
		4.1 Abstände				4.2 Abstände		
		4.1.1 Abstand gegenüber dem Kulturland						
	§ 20	Abstand gegenüber dem Kulturland	§ 22	Abstände	§ 23	Abstand gegenüber dem Kulturland		
				Abstand gegenüber dem Kulturland				
		Gegenüber dem Kulturland ist für Gebäude der zonenge-		1 Gegenüber dem Kulturland ist für Gebäude der zonenge-		Gegenüber dem Kulturland ist für Gebäude ein Grenzabstand		
		mässe Grenzabstand einzuhalten.		mässe Grenzabstand einzuhalten. Dieser Grenzabstand		von 4 m, für Klein und Anbauten ein Grenzabstand von 2 m		
				kann weder aufgehoben noch reduziert werden.		einzuhalten.		
				Grenzabstände, Gebäudeabstand				
				2 Grenz- und Gebäudeabstände können mit einem Dienstbar-				
				keitsvertrag reduziert oder aufgehoben werden. Der Vertrag				
				ist mit dem Baugesuch einzureichen.	0.0		0. 25	
				Ungleichverteilung der Grenzabstände	§ 24	Ungleichverteilung der Grenzabstände	§ 26	Ungleichverteilung der Grenzabstände
				3 Gegenüber Mehrfamilienhäusern ist nur die ungleiche Ver-		1 Die Grenzabstände können bei Einhaltung des Gebäudeab-		1 Die Grenzabstände können bei Einhaltung des Gebäudeab-
				teilung der Grenzabstände zulässig.		standes durch schriftliche Vereinbarung ungleich verteilt wer-		standes durch schriftliche Vereinbarung ungleich verteilt werden.
						den.		ucii.

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
						2 Die Vereinbarung ist dem Gemeinderat mit dem Baugesuch einzureichen.		2 Die Vereinbarung ist dem Gemeinderat mit dem Baugesuch einzureichen.
		4.1.2 Gebäudeabstand gegenüber bestehenden Bauten						
	§ 21	Gebäudeabstand gegenüber bestehenden Bauten						
		Wenn auf Nachbargrundstücken bereits Bauten mit zu ge-						
		ringem Abstand stehen, die eine ordnungsgemässe Über-						
		bauung eines Grundstückes verunmöglichen, kann der Ge-						
		bäudeabstand verringert werden, sofern die architektoni-						
		schen, gesundheits-, feuer- und sicherheitspolizeilichen An-						
		forderungen gewahrt bleiben. Der vorgeschriebene Grenzabstand ist einzuhalten.						
		4.1.3 Strassenabstand						
	§ 22	Stützmauern						
		1 Stützmauern bis zu einer Höhe von 1.20 m haben gegen-						
		über Gemeinde- und Privatstrassen einen Abstand von 60						
		cm ab Strassengrenze einzuhalten. Höhere Stützmauern						
		sind um das Mehrmass ihrer Höhe zurückzuversetzen						
		(siehe Anhang).						
		Böschungen						
		2 Für den Böschungsabstand gegenüber Gemeindestras-						
		sen gelten die Abstandsvorschriften von § 19 Abs. 3 ABauV sinngemäss.						
		4.1.4 Einfriedigungen und Stützmauern zwischen privaten Grundstücken						
	§ 23	Einfriedigungen	§ 19	Einfriedigungen				
		1 Einfriedigungen dürfen keine scharfen Spitzen, Stachel-		1 Einfriedigungen und Stützmauern zwischen privaten Grund-				
		drähte und dergl. aufweisen.		stücken dürfen bis zur Höhe von 1.2 m an die Grenze – im				
				gegenseitigen Einverständnis auf die Grenze – gesetzt wer-				
				den. Das Mass gilt vom tiefer gelegenen Grundstück aus. Hö-				
				here Einfriedigungen und Stützmauern sind um das Mass ih-				
				rer Mehrhöhe, mindestens aber um 60 cm, von der Grenze				
				zurückzusetzen. Andere Regelungen sind mit privatrechtli- chen Vereinbarungen möglich. Einfriedigungen dürfen keine				
				scharfen Spitzen, Stacheldrähte und dergleichen aufweisen.				
		2 Ausserhalb des Baugebietes gelten hinsichtlich der Ein-		Schaffen Spitzen, Stacheidrante und dergielichen aufweisen. Entlang der Bauzonengrenze dürfen Stützmauern bis auf 60				
		friedigungen die Vorschriften von § 89 EG ZGB.		cm an die Zonengrenze gesetzt werden. Dieser Abstand kann				
		3 33 3 2		weder aufgehoben noch reduziert werden.				
		3 Zum Bau und Unterhalt von Einfriedigungen darf das		-				
		Nachbargrundstück betreten werden, nicht jedoch zur Un-						
		zeit und nur gegen Ersatz des allfällig dadurch verursachten						
		Schadens.						
		Stützmauern						
	§ 24	Stützmauern bis zu einer Höhe von 1.20 m dürfen an die						
		Grenze gestellt werden. Höhere Stützmauern sowie Mau-						
		ern ausserhalb des Baugebietes sind um das Mehrmass ih-						
		rer Höhe, mindestens jedoch um 60 cm von der Grenze zu-						
		rückzuversetzen und mit einer Schutzbepflanzung (ev.						
		Schutzgeländer) zu versehen (siehe Anhang).						
0.04		4.2 Arealüberbauung		Arealüberbauung				
§ 31	§ 25	Zonenzulässigkeit	§ 23	Arealüberbauungen	§ 25	Arealüberbauungen		

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
		1 Arealüberbauungen sind nur in der Zone W2 zulässig. Die		1 Arealüberbauungen sind nur in der Wohnzone W2 zulässig.		1 Arealüberbauungen sind nur in der W2-Zone gestattet.		
		minimal notwendige Arealfläche (anrechenbare Grund-						
		stücksfläche NBF) beträgt 2500 m2 und die maximale Aus-		2 Arealüberbauungen erfordern eine zusammenhängende,		2 Die minimale Arealgrösse muss 3'000 m2 betragen.		
		nützungsziffer 0.50.		kompakte Grundstückfläche von mindestens 4000 m2. Es ist				
				kein zusätzliches Geschoss zugelassen.		3 Die Geschosszahl und die Ausnützungsziffer darf nicht er-		
		2 Der Zonencharakter ist zu wahren. Eine Erhöhung der Ge-				höht werden.		
		schosszahl ist nicht gestattet.						
		3 Die erforderlichen Abstellplätze, ausgenommen die Besu-						
		cherplätze, sind in unterirdischen Sammelgaragen zusam-						
		menzufassen. Bei Arealüberbauungen mit Einfamilienhaus-						
		charakter kann der Gemeinderat auch andere, bezüglich						
		Wohnqualität und Einpassung in die Umgebung gleichwer-						
		tige Lösungen bewilligen.						
		4.3 Gewerbe		Gewerbe				
	§ 26	Gewerbe	§ 21	Gewerbe	§ 22	Gewerbe	§ 25	Gewerbe
		1 Als nicht störende Gewerbe gelten in Wohnquartiere pas-		1 Als nicht störendes Gewerbe gelten in Wohnquartieren pas-		1 Als nicht störende Gewerbe gelten in Wohnquartieren pas-		1 Als nicht störende Gewerbe gelten in Wohnquartieren pas-
		sende Kleinbetriebe mit geringem Zubringerverkehr wie Lä-		sende Kleinbetriebe mit geringem Zubringerverkehr wie Lä-		sende Kleinbetriebe mit geringem Zubringerverkehr wie Lä-		sende Kleinbetriebe mit geringem Zubringerverkehr wie Lä-
		den, Büros und Geschäfte, die keine erheblich grösseren		den, Büros und Geschäfte, die keine erheblich grösseren		den, Büros und Geschäfte, die keine erheblich grösseren		den, Büros und Geschäfte, die keine erheblich grösseren
		Auswirkungen entfalten, als sie aus dem Wohnen entste-		Auswirkungen entfalten, als sie aus dem Wohnen entstehen.		Auswirkungen entfalten, als sie aus dem Wohnen entstehen.		Auswirkungen entfalten, als sie aus dem Wohnen entstehen.
		hen.						
		2 Als mässig störend gelten Betriebe mit Auswirkungen, die		2 Als mässig störend gelten Betriebe mit Auswirkungen, die		2 Als mässig störend gelten Betriebe mit Auswirkungen, die		2 Als mässig störend gelten Betriebe mit Auswirkungen, die
		im Rahmen herkömmlicher Handwerks- und Gewerbetriebe		im Rahmen herkömmlicher Handwerks- und Gewerbebe-		im Rahmen herkömmlicher Handwerks- und Gewerbebe-		im Rahmen herkömmlicher Handwerks- und Gewerbebe-
		bleiben und nur vorübergehend auftreten. Betriebe, die ein		triebe bleiben, auf die üblichen Arbeits- und Öffnungszeiten		triebe bleiben, auf die üblichen Arbeits- oder Öffnungszeiten		triebe bleiben, auf die üblichen Arbeits- oder Öffnungszeiten
		hohes Mass von quartierfremdem Verkehr verursachen,		beschränkt sind und nur vorübergehend auftreten. Betriebe,		beschränkt sind und nur vorübergehend auftreten. Betriebe,		beschränkt sind und nur vorübergehend auftreten. Betriebe,
		gelten nicht als mässig störend.		die ein hohes Mass von quartierfremdem Verkehr verursa-		die ein hohes Mass von quartierfremdem Verkehr verursa-		die ein hohes Mass von quartierfremdem Verkehr verursa-
				chen, sind nicht zugelassen.		chen, gelten nicht als mässig störend.		chen, gelten nicht als mässig störend.
		4.4 Geschosse						
		4.4.1 Untergeschoss						
		Untergeschoss						
	§ 27	Abgrabungen dürfen höchstens 1/3 der Fassadenlänge be-						
		tragen. Bei Fassadenlängen unter 12 m ist für Hausein-						
		gänge oder Garageneinfahrten eine Abgrabung von maxi-						
		mal 4 m gestattet.						
		5 Bauvorschriften		5. BAUVORSCHRIFTEN		5. Bauvorschriften		7. Bauvorschriften
		5.1 Erschliessung		5.1 Baureife und Erschliessung		5.1 Erschliessung		
		5.1.1 Erschliessungsanlagen						
	§ 28	Ein- und Ausfahrten						
		Es gelten die entsprechenden VSS - Normen.						
			§ 24	Spezielle Erschliessungsvorschriften				
				Kanalisation				
				Die Kanalisation ist wenn möglich im Trennsystem auszufüh-				
				ren.				
		5.1.2 Benützung von Privateigentum						
	§ 29	Benützung von Privateigentum	§ 25	Benützung von Privateigentum	§ 26	Benützung von Privateigentum	§ 27	Benützung von Privateigentum
				Benennung				

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
		Die Benennung der Strassen, Wege und Plätze sowie die Strassennummerierung der Bauten sind Sache des Ge- meinderates.		1 Die Benennung der Strassen, Wege und Plätze sowie die Strassennummerierung der Bauten sind Sache des Gemeinderates.		1 Die Benennung der Strassen, Wege und Plätze sowie die Strassennummerierung der Bauten sind Sache des Gemeinderates.		Die Benennung der Strassen, Wege und Plätze sowie die Strassennummerierung der Bauten sind Sache des Gemeinderates.
		i memuerate.		Benützung von Privateigentum				
		2 Die Gemeinde kann öffentlichen Zwecken dienende Vor-	§ 25	Die Gemeinde kann öffentlichen Zwecken dienende Vor-				
		richtungen wie Verkehrs- und Werkleitungstafeln, Lampen,	8 25	richtungen, wie Verkehrs- und Werkleitungstafeln, Lampen,				
		Leitungsmaste, Hydranten usw. auf oder an Privateigentum		Leitungsmasten, Hydranten usw., auf oder an Privateigentum				
		anbringen lassen.		anbringen lassen.				
		3 Öffentliche Brunnen, Kabelverteilkasten, Personenunter-		3 Öffentliche Brunnen, Kabelverteilkasten, Personenunter-		2 Öffentliche Brunnen, Kabelverteilkasten, Personenunter-		2 Öffentliche Brunnen, Kabelverteilkasten, Personenunter-
		stände bei Bushaltestellen und andere im öffentlichen Inte-		stände bei Bushalte- stellen und andere im öffentlichen Inte-		stände bei Bushaltestellen und andere im öffentlichen Inte-		stände bei Bushaltestellen und andere im öffentlichen Inte-
		resse liegenden Einrichtungen dürfen an die Grenze der		resse liegenden Einrichtungen dürfen an die Grenze der Pri-		resse liegenden Einrichtungen dürfen an die Grenze der Pri-		resse liegende Einrichtungen dürfen an die Grenze der Pri-
		Privatgrundstücke gestellt werden.		vatgrundstücke gestellt werden.		vatgrundstücke gestellt werden.		vatgrundstücke gestellt werden.
		4 Auf die Interessen der betroffenen Grundeigentümer ist		4 Auf die Interessen der betroffenen Grundeigentümer ist so-		3 Auf die Interessen der betroffenen Grundeigentümer ist		3 Auf die Interessen der betroffenen Grundeigentümer ist
		möglichst Rücksicht zu nehmen.		weit möglich Rücksicht zu nehmen.		möglichst Rücksicht zu nehmen.		möglichst Rücksicht zu nehmen.
		5.2 Technische Bauvorschriften		5.2 Technische Bauvorschriften		5.2 Technische Bauvorschriften		
		5.2.1 Allgemeine Anforderungen						
§ 32	§ 30	Allgemeine Anforderungen	§ 26	Allgemeine Anforderungen	§ 27	Allgemeine Anforderungen	§ 28	Allgemeine Anforderungen
				Technische Bauvorschriften				
		1 Hinsichtlich Sicherheit, Fundation, Konstruktion, Material		1 Hinsichtlich Sicherheit, Fundation, Konstruktion, Material		1 Hinsichtlich Sicherheit, Fundation, Konstruktion, Material		1 Hinsichtlich Sicherheit, Fundation, Konstruktion, Material
		und Feuchtigkeitsisolation gelten die anerkannten Regeln		und Feuchtigkeitsisolation gelten die anerkannten Regeln der		und Feuchtigkeitsisolation gelten die anerkannten Regeln der		und Feuchtigkeitsisolation gelten die anerkannten Regeln der
		der Baukunst als Richtlinie.		Baukunst als Richtlinie.		Baukunst als Richtlinie.		Baukunst als Richtlinie.
		2 Der Gemeinderat kann, wenn nötig, auf Kosten der Bau-		2 Der Gemeinderat kann, wenn nötig, auf Kosten der Bauherr-		2 Der Gemeinderat kann, wenn nötig, auf Kosten der Bauherr-		2 Der Gemeinderat kann, wenn nötig, auf Kosten der Bauherr-
		herrschaft eine Begutachtung durch Fachleute anordnen		schaft eine Begutachtung durch Fachleute anordnen und be-		schaft eine Begutachtung durch Fachleute anordnen und be-		schaft eine Begutachtung durch Fachleute anordnen und be-
		und besondere Massnahmen verlangen, soweit überwie-		sondere Massnahmen verlangen, soweit überwiegende öf-		sondere Massnahmen verlangen, soweit überwiegende öf-		sondere Massnahmen verlangen, soweit überwiegende öf-
		gende öffentliche Interessen dies erfordern.		fentliche Interessen dies erfordern.		fentliche Interessen dies erfordern.		fentliche Interessen dies erfordern.
		5.2.2 Energiesparmassnahmen						
	§ 31	Energiesparmassnahmen			§ 28	Energiesparmassnahmen	§ 29	Energiesparmassnahmen
		1 Auf die Erstellung von Einzelfeuerungsanlagen ist nach				1 Auf die Erstellung von Einzelfeuerungsanlagen soll verzich-		Der Gemeinderat kann die Erstellung von Einzelfeuerungsan-
		Möglichkeit zu verzichten, sofern ein Zusammenschluss zu				tet werden, sofern ein Zusammenschluss zu einer Gruppen-		lagen untersagen, sofern ein Zusammenschluss zu einer
		einer Gruppenheizung oder die Versorgung mit Abwärme				heizung oder die Versorgung mit Ab- wärme oder zentral her-		Gruppenheizung oder die Versorgung mit zentral hergestell-
		oder zentral hergestellter Wärme möglich, sinnvoll und zu-				gestellter Wärme möglich, sinnvoll und zumutbar ist.		ter Wärme möglich, sinnvoll und zumutbar ist.
		mutbar ist.						
		2 Aussenwände dürfen nachisoliert werden, selbst wenn				2 Aussenwände dürfen nachisoliert werden, selbst wenn		2 Aussenwände dürfen nachisoliert werden, auch wenn des-
		dadurch die Vorschriften über die Grenz- und Gebäudeab-				dadurch die Vorschriften über die Grenz- und Gebäudeab-		wegen die Vorschriften über die Grenz- und Gebäudeab-
		stände nicht mehr in vollem Masse eingehalten werden und die Ausnützungsziffer überschritten wird.				stände nicht mehr in vollem Masse ein- gehalten werden und die Ausnützungsziffer überschritten wird.		stände nicht mehr in vollem Masse eingehalten werden und die Ausnützungsziffer überschritten wird.
		die Austruzungsziner uberschillten wird.		Due to de chi den le un chi iff - :-		ale Austruczungsziner uberschiftlieft wird.		ale Austruzungsziner überschlitten wird.
				Brandschutzvorschriften				
				3 Die Vorschriften gemäss Brandschutzgesetz (BSG) und				
			0 00	Brandschutzverordnung (BSV) sind einzuhalten.				
			§ 28	Sicherheit auf den Baustellen				
				Baustellen				
				1 Baustellen, Gerüste, Materialablagerungen, aufgebrochene				
				Baustellen, Gerüste, Materialablagerungen, aufgebrochene Strassen usw. sind an Orten mit Verkehr kenntlich zu machen				
				Baustellen, Gerüste, Materialablagerungen, aufgebrochene Strassen usw. sind an Orten mit Verkehr kenntlich zu machen und nötigenfalls abzusperren.				
				Baustellen, Gerüste, Materialablagerungen, aufgebrochene Strassen usw. sind an Orten mit Verkehr kenntlich zu machen und nötigenfalls abzusperren. Umgebungsschutz				
				Baustellen, Gerüste, Materialablagerungen, aufgebrochene Strassen usw. sind an Orten mit Verkehr kenntlich zu machen und nötigenfalls abzusperren.				
				Baustellen, Gerüste, Materialablagerungen, aufgebrochene Strassen usw. sind an Orten mit Verkehr kenntlich zu machen und nötigenfalls abzusperren. Umgebungsschutz Über den Schutz der Umgebung bei Bauarbeiten gilt der Art.				
				Baustellen, Gerüste, Materialablagerungen, aufgebrochene Strassen usw. sind an Orten mit Verkehr kenntlich zu machen und nötigenfalls abzusperren. Umgebungsschutz Über den Schutz der Umgebung bei Bauarbeiten gilt der Art. 6 LSV. Öffentliche Einrichtungen wie Teile der Versorgungsbetriebe (Hydranten, Schächte, Leitungen und dergl.), öffentli-				
				Baustellen, Gerüste, Materialablagerungen, aufgebrochene Strassen usw. sind an Orten mit Verkehr kenntlich zu machen und nötigenfalls abzusperren. Umgebungsschutz Über den Schutz der Umgebung bei Bauarbeiten gilt der Art. 6 LSV. Öffentliche Einrichtungen wie Teile der Versorgungsbe-				

c	c	Compained Objects Sales and Day, and Nathana and areas	c	Compained a Hustonia in our Pour and Natura accordance	•	Compained Collegions Bourned Notering and arms	c	Compainds Line Day and Nature as and area
§ Entwurf	8	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	8	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	9	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
Entwuri		Descriuss GV 27. November 1990		Descriuss GV 25. Juni 2001		Descriuss GV 12. Julii 1990		Descritoss GV 11.Juni 1999
				4 Der Gemeinderat kann jederzeit Bauarbeiten einstellen las-				
				sen, bei denen die nötigen Sicherheits- und Schutzvorkehrungen nicht getroffen werden.				
				gen nicht genonen werden.				
				Marchsteine				
				5 Jede eigenmächtige Veränderung oder Beschädigung von				
				Marchsteinen oder Vermessungszeichen ist verboten				
				(Art.257 StGB). Bedingen die Bauarbeiten eine Verschiebung				
				oder Überdeckung solcher Zeichen, so ist dem Grundbuchge-				
				ometer vorgängig schriftlich Mitteilung zu machen.				
		5.3 Wohnhygiene		5.3 Wohnhygiene		5.3 Wohnhygiene		
		75				,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,		
		5.3.1 Ausrichtung der Wohnungen	§					
§ 33	§ 32	Ausrichtung der Wohnungen	§ 29	Ausrichtung der Wohnungen	§ 29	Ausrichten der Wohnungen	§ 30	Ausrichten der Wohnungen
	3	Theorems are tromanger	3 =-	·	3	The state of the	3 00	The state of the s
		Die Ausrichtung der Wohnungen ist auf die örtlichen Ver-		Wohnungslage Die Ausrichtung der Wohnungen ist auf die örtlichen Verhält-		Die Ausrichtung der Wohnungen ist auf die örtlichen Verhält-		Die Ausrichtung der Wohnungen ist auf die örtlichen Ver-
		hältnisse (Lärm, Besonnung, Nutzung der Räume, Einpas-		nisse (Lärm, Besonnung, Nutzung der Räume, Einpassung,		nisse (Lärm, Besonnung, Nutzung der Räume, Einpassung		hältnisse (Lärm, Besonnung, Nutzung der Räume, Einpas-
		sung usw.) abzustimmen. Ausschliesslich nach Norden ori-		usw.) abzustimmen. Ausschliesslich nach Norden orientierte		usw.) abzustimmen. Ausschliesslich nach Norden orientierte		sung usw.) abzustimmen. Bei Neubauten sind ausschliesslich
		entierte Wohnungen sind nur in Ausnahmefällen gestattet.		Wohnungen sind nur in Ausnahmefällen gestattet.		Wohnungen sind nur in Ausnahmefällen gestattet.		nach Norden orientierte Wohnungen nicht gestattet.
		entierte Wormungen sind flur in Austrammeralien gestattet.		Worldingert sind tid in Adstratifieralien gestattet.		Worldinger sind flui in Adsharineralien gestattet.		nach Norden ohenderte Wohnlangen nicht gestattet.
		522 Bayyanasaa Fanatayyyii aaan Nahanyii yaa						
		5.3.2 Raummasse, Fenstergrössen, Nebenräume						
§ 34	§ 33		§ 30	Raummasse, Fenstergrössen, Nebenräume				Mindestmasse
		1 Für Neubauten gelten nachstehende Masse:		1 Für Neubauten gelten nachstehende Masse:				2 Für Neubauten gelten folgende Mindestmasse:
		Raummasse Wohn, Schlaf- und Arbeitsräume		Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume				Raumhöhe in Wohn- und Schlaf- und Arbeitsräumen: 2.30 m
		Raumhöhe mind, 2.30 m auf mind, 50 % der Fläche	-	– Raumgrösse min. 10 m²				Fensterfläche in Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräumen:
		Fenstergrossen - Fensterfläche 1110 der Bodenfläche (die Fenster missen direkt ins Freie führen) Duchflächerfenster werden mit 150 % angerechnet Kochnischen Badezimmer und Wic können künstlich belüftet werden		Raumhöhe für Vollgeschoss min. 2.30 m für Dachgeschoss min. 2.30 m min. 2.30 m auf min. 50% der Grundfläche				1/10 der Bodenfläche.
		Nebendume in Mehrfamilienhäusern Mehrfamilienhäusern		für Untergeschoss min. 2.20 m – Fensterflächen (Rohlichtmass) min. 12.5% der Bodenfläche, wenigstens 0.8 m²				
		Abstelltaum mind. 4 m² (im Estrich oder auf dem gleichen Geschoss wie die Wohnung) - pro Wohnung		Nebenräume in Mehrfamilienhäusern				
		Keller für eine 1-Zmmer-Wohnung für indes werbere Zmmer 1 m² 2usätzlich		Abstellraum pro Wohnung min. 4 m² (im Estrich oder auf dem gleichen Geschoss wie die Wohnung)				
		- für jedes weitere Zimmer 1 m 2usstzlich	-	– Keller pro Wohnung min. 4 m² (3 m², zuzügl. 1 m² pro Zimmer)				
				2 Die Fenster müssen direkt ins Freie führen.				
				3 Dachflächenfenster haben eine grössere Lichtausbeute und				
				werden mit 125% der Grösse von vertikalen Fenstern (Roh-				
				lichtmass) angerechnet.				
		Garten-, Terrassen- oder Balkonflächen						
		2 Die Wohnungen haben ausreichende und gut benutzbare		4 Die Wohnungen haben ausreichende und gut benützbare				
		Garten-, Terrassen- oder Balkonflächen aufzuweisen (aus-		Garten-, Terrassen- oder Balkonflächen aufzuweisen (ausge-				
		genommen Klein- und Dachwohnungen).		nommen Klein- und Dachwohnungen).				
		Balkone						
		3 Balkone müssen auch für Kinder unfallsicher gestaltet						
		werden. Ihre Mindesttiefe hat bei Mehrfamilienhäusern 1.50						
		m zu betragen.						
		Gänge, Treppen						
		4 Die Mindestbreite für Vorplätze, Treppen und Gänge be-						
		trägt 1.20 m (bei Einfamilienhäusern 0.90 m).						
		Geländer, Brüstungen, Handläufe						
		5 Die Empfehlungen der SIA-Norm 358 sind einzuhalten.						
		-		5 In der Dorfzone kann der Gemeinderat Abweichungen be-				
				willigen.				
						I .		1

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
		5.3.3 Bezug von Wohnungen und Arbeitsräumen				Bezug von Wohnungen und Arbeitsräumen		Bezug von Wohnungen und Arbeitsräumen
§ 35	§ 34	Bezug von Wohnungen und Arbeitsräumen	§ 31	Bezug von Wohnungen und Arbeitsräumen	§ 30		§ 31	
				Bezug der Bauten	-			
		Der Gemeinderat kann den Bezug von Wohnungen und Ar-		Der Gemeinderat kann den Bezug von Wohnungen und Ar-		Der Gemeinderat kann den Bezug von Wohnungen und Ar-		Der Gemeinderat kann den Bezug von Wohnungen und Ar-
		beits- räumen verweigern, wenn das Gebäude nicht genü-		beitsräumen verweigern, wenn das Gebäude nicht genügend		beitsräumen verweigern, wenn das Gebäude nicht genügend		beitsräumen verweigern, wenn das Gebäude nicht genügend
		gend ausgetrocknet ist, die Sicherheits- und Schutzvorkeh-		ausgetrocknet ist, die Sicherheits- und Schutzvorkehrungen		ausgetrocknet ist, die Sicherheits- und Schutzvorkehren oder		ausgetrocknet ist, die Sicherheits- und Schutzvorkehren oder
		ren oder die Anforderungen des Schall- oder Wärmeschut-		oder die Anforderungen des Schall- und Wärmeschutzes		die Anforderungen des Schall- oder Wärmeschutzes nicht er-		die Anforderungen des Schall- oder Wärmeschutzes nicht er-
		zes nicht erfüllt sind.		nicht erfüllt sind.		füllt sind.		füllt sind.
		5.4 Ausstattung		5.4 Ausstattung				
		5.4.1 Abstellplätze						
	§ 35	Anordnung der Parkplätze	§ 32	Gestaltung der Abstellplätze				
	-			Abstellplätze				
		1 Garagen und Parkierungsanlagen sind so anzuordnen,		1 Garagen und Parkierungsanlagen sind so anzuordnen,				
		dass die Wohnbereiche nicht unzumutbar beeinträchtigt		dass die Wohnbereiche nicht unzumutbar beeinträchtigt wer-				
		werden.		den.				
				Garagenvorplatz				
		2 Der Garagenvorplatz muss, von der Strassen- bzw. Geh-		2 Der Garagenvorplatz muss von der Strassen- bzw. Geh-				
		weggrenze gemessen, eine Tiefe von mindestens 5.00 m		weggrenze gemessen eine Tiefe von min. 6 m aufweisen. In				
		aufweisen. In der Dorfzone kann der Gemeinderat Ausnah-		der Dorfzone kann der Gemeinderat Ausnahmen von dieser				
		men von dieser Bestimmung gestatten. Es darf kein Wasser		Bestimmung gestatten.				
		auf die Strasse fliessen.						
		5.4.2 Velos, Kinderwagen						
§ 36	§ 36	Velos, Kinderwagen	§ 33	Velos, Kinderwagen, usw.				
				Abstellräume				
		1 In jedem Mehrfamilienhaus sind genügend grosse, gut zu-		In jedem Mehrfamilienhaus und bei Arealüberbauungen sind				
		gängliche und abschliessbare Abstellräume für Velos, Kin-		genügend grosse, gut zugängliche und abschliessbare Ab-				
		derwagen usw. vorzusehen.		stellräume für Velos, Kinderwagen usw. vorzusehen.				
		2 Bei Gebäuden und Anlagen mit erheblichem Publikums-						
		verkehr (z.B. Läden, Verwaltung, Schule, Sportanlagen u.						
		dergl.) sind genügend Veloabstellplätze vorzusehen.						
		5.4.3 Spielplätze						
§ 37	§ 37	Spielplätze	§ 34	Spielplätze				
				1 Bei Mehrfamilienhäusern und bei Arealüberbauungen sind				
				auf privatem Grund abseits der Strassen und an gut besonn-				
				ter Stelle Kinderspielplätze zu erstellen. Sie müssen durch die				
				Grundeigentümer unterhalten werden, zugänglich bleiben				
				und dürfen nicht zweckentfremdet werden.				
		Die Grösse der Spielplätze hat gesamthaft mindestens 10		2 Die Grösse der Spielplätze hat gesamthaft mindestens 10%				
		% der anrechenbaren Bruttogeschossfläche zu betragen,		der anrechenbaren Bruttogeschossfläche zu betragen, je-				
		jedoch min destens 100 m2 pro Spielplatz.		doch min. 100 m2 pro Spielplatz.				
				Ersatzlösungen				
				3 Die Bereitstellung von Kinderspielplätzen und Spielflächen				
				kann auf einem anderen Grundstück oder gemeinsam mit anderen Grundeigentümern erfolgen. Die Anlage muss aber in				
				nützlicher Distanz (Sichtkontakt) zu den Wohnhäusern liegen				
				und von den Kindern gefahrlos erreicht werden können.				
§ 38			§ 35	Abfallentsorgung				
			3 00	Container, Kompostplätze				
				Container, Norripostpiatze				

	•		•				•	
9	Š	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	8	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	8	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
				Bei Mehrfamilienhäusern und Arealüberbauungen sind ein				
				möglicher Kompostierplatz und mindestens ein Abstellplatz				
				für Abfallcontainer auszuweisen.				
		6 Schutzvorschriften		6. SCHUTZVORSCHRIFTEN		6. Schutzvorschriften		8.Schutzvorschriften
				6.1 Ortsbild- und Denkmalschutz				Ortsbildschutz
		6.1 Ortsbild- und Denkmalschutz		6.1 Ortspila- una Denkinaischutz		6.1 Ortsbild- und Denkmalschutz		Ortsbilascilatz
		6.1.1 Allgemeine Anforderungen		Ortsbildschutz				
		0.1.1 Aligemente Amorderungen		Ortsbildschutz				
§ 39	§ 38	Ortsbildschutz	§ 36	Ortsbildschutz	§ 31	Ortsbildschutz	§ 32	
		1 Der Gemeinderat beurteilt die Einordnung von Bauten und		1 Der Gemeinderat beurteilt die Einordnung von Bauten und		Der Gemeinderat beurteilt die Einordnung von Bauten und		Der Gemeinderat beurteilt die Einordnung von Bauten und
		Anlagen in das Ortsbild nach folgenden Kriterien:		Anlagen in das Ortsbild nach folgenden Kriterien:		Anlagen in das Ortsbild nach folgenden Kriterien:		Anlagen in das Ortsbild nach folgenden Kriterien:
		a) Stellung (Firstrichtung)		a) Stellung (Firstrichtung)		a) Stellung (Firstrichtung)		a) Stellung (Firstrichtung)
		b) Grösse der Baukuben		b) Grösse der Baukuben		b) Grösse der Baukuben		b) Grösse der Baukuben
		c) Wirkung im Strassenraum				c) Form, Staffelung, Gliederung der Baumasse,		c) Form, Staffelung, Gliederung der Baumasse
		d) Form, Staffelung, Gliederung der Baumasse		c) Wirkung im Strassenraum		d) Dachformen, Dachneigung		d) Dachform, Dachneigung, Dachaufbauten
		,		d) Form, Staffelung, Gliederung der Baumasse		,		, ,
		e) Dachform, Dachneigung		e) Dachform, Dachneigung		e) Fassadengliederung		e) Fassadengliederung
		f) Fassadengliederung		f) Fassadengliederung		f) Materialwahl		f) Materialwahl
		g) Materialwahl, Farbe		g) Materialwahl, Farbe		g) Terrain- und Umgebungsgestaltung, Einfriedigungen.		g) Terrain- und Umgebungsgestaltung, Einfriedungen.
		h) Terrain- und Umgebungsgestaltung, Einfriedigungen		h) Terrain- und Umgebungsgestaltung, Einfriedigungen,				
				Stützmauern				
				Baugesuche				
		2 Der Gemeinderat kann bei Baugesuchen		2 Der Gemeinderat kann bei Baugesuchen:		2 Der Gemeinderat kann bei Baugesuchen:		Der Gemeinderat kann bei Baugesuchen:
		a) zusätzliche Unterlagen (Farbmuster, Materialanga-		a) Zusätzliche Unterlagen (Farbmuster, Materialangaben,		a) zusätzliche Unterlagen (Farbmuster, Materialangaben,		a) zusätzliche Unterlagen (Farbmuster, Materialangaben,
		ben, Aufnahmepläne des Altbestandes, Umgebungs-		Dachaufsichten, Aufnahmepläne des Altbestandes, Mo-		Dachaufsichten, Aufnahmepläne des Altbestandes, Mo-		Dachaufsichten, Aufnahmepläne des Altbestandes, Mo-
		plan mit Gebäudeprofilen, Angaben über Gestaltung		delle, Umgebungsplan mit Gebäudeprofilen, Angaben		delle, Umgebungsplan mit Gebäudeprofilen, Angaben		delle, Umgebungsplan mit Gebäudeprofilen, Angaben
		und Bepflanzung des Aussenraumes usw.) verlangen;		über Gestaltung und Bepflanzung des Aussenraumes,		über Gestaltung und Bepflanzung der Aussenräume		über Gestaltung und Bepflanzung der Aussenräume
								, ,
		b) Vorschläge zur besseren Einordnung fordern;		usw.) verlangen.		usw.) verlangen;		usw.) verlangen;
		c) in empfindlicher Umgebung sowie bei ausserge-		b) Vorschläge zur besseren Einordnung unterbreiten.		b) Vorschläge zur besseren Einordung unterbreiten;		b) Vorschläge zur besseren Einordnung unterbreiten;
		wöhnlichen Bauten eine Begutachtung verlangen;		c) In empfindlicher Umgebung sowie bei aussergewöhnli-		c) in empfindlicher Umgebung sowie bei aussergewöhn-		c) in empfindlicher Umgebung sowie bei ausserge- wöhnli-
		d) Verbesserungen oder die Beseitigung störender Anla-		chen Bauten eine Begutachtung verlangen.		lichen Bauten eine Begutachtung verlangen.		chen Bauten eine Begutachtung verlangen;
		gen und Bauteile verlangen, soweit dies technisch		d) Verbesserungen oder die Beseitigung störender Anla-		d) Verbesserungen oder die Beseitigung störender Anla-		d) Verbesserungen oder die Beseitigung störender Anla-
		möglich und wirtschaftlich tragbar ist, und		gen und Bauteile verlangen, soweit dies technisch mög-		gen und Bauteile verlangen, soweit dies technisch mög-		gen und Bauteile verlangen, soweit dies technisch mög-
		e) die Baubewilligung verweigern, soweit die Beeinträch-		lich und wirtschaftlich tragbar ist.		lich und wirtschaftlich tragbar ist, und		lich und wirtschaftlich tragbar ist
		tigung der Umgebung nicht auf andere Weise vermie-		e) Die Baubewilligung verweigern, soweit die Beeinträchti-		e) die Baubewilligung verweigern, soweit die Beeinträchti-		e) und die Baubewilligung verweigern, soweit die Beein-
		den werden kann.		gung der Umgebung nicht auf andere Weise vermieden		gung der Umgebung nicht auf andere Weise vermieden		trächtigungen der Umgebung nicht auf andere Weise
				werden kann.		werden kann.		vermieden werden kann.
		3 Der Übergang vom Baugebiet zum Kulturland ist sorgfältig						
		zu gestalten und intensiv mit einheimischen Bäumen und						
		Sträuchern zu bepflanzen.						
		6.1.2 Dachgestaltung						
§ 40	0.00				0. 0.			
2 +0	§ 39	Dachgestaltung			§ 32	Dachgestaltung		
		1 Die architektonische Gestaltung der Dächer bedarf be-						
		sonderer Sorgfalt. Bei der Wahl der Dachform und -farbe ist						
		auf das Quartierbild Rücksicht zu nehmen.						
		3 Flachdächer sind nicht gestattet, ausgenommen sind				1 Generell sind Flachdächer nicht erlaubt, Ausnahmen auf	_	
		Klein- und Anbauten.				Klein- und Anbauten sowie bei der Nutzung der Dachfläche		
						bei eingeschossigen Bauten als Sitzplatz.		
						2 Schrägdächer müssen gegenüber öffentlichen Strassen mit		
						Schneefangvorrichtungen versehen werden.		
						3 Folgende Bedachungsmaterialien sind erlaubt:		
						Tonziegel rot oder braun		

8	8	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	8	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	8	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf	3	Beschluss GV 27. November 1998	3	Beschluss GV 29. Juni 2001	3	Beschluss GV 12. Juni 1998	3	Beschluss GV 11.Juni 1999
						Betonziegel rot oder braun		
						Eternitschiefer rot oder braun		
						Nicht gestattet ist Welletemit, Ausnahmen auf Klein- und An-		
						bauten. In begründeten Fällen kann der Gemeinderat weitere		
						Ausnahmen gestatten.		
						4 Verglaste und unbeheizte Wintergärten mit max. 40 m2		
						Grundfläche und 3m Gebäudehöhe sind nicht an vorgege-		
						bene Dachneigung und Bedachungsmaterialien gebunden.		
					§ 33	Dachaufbauten		
		2 Bei einwandfreier architektonischer Gestaltung sind			3 00	1 Als Dachaufbauten sind Lukarnen oder Schleppgauben ge-		
		Dachaufbauten und -einschnitte auf max. 1/3 der Fassa-				mäss Anhang 1 und 2 oder Dachfenster erlaubt. Dachein-		
		denlänge zugelassen. In der Dorfzone gelten die speziellen				schnitte sind nicht erlaubt. Auf der gleichen Dachfläche sind		
		Bestimmungen von § 6 Abs. 4 und 5.				entweder Lukarnen oder Schleppgauben erlaubt.		
		Bestimmungen von § 0 Abs. 4 und 0.				Die maximal zulässige Höhe einer Dachaufbaute beträgt 1.50		
						m. Als Materialien sind zu verwenden: Kupfer, Eternitschie-		
						fer, Blech oder Holz gestrichen, im Farbton dem Dach ange-		
						passt.		
						Die Fensteröffnungen der Dachaufbauten sind in der unteren		
						Dachhälfte (gemessen zwischen "Schnittpunkt Dachhaut mit		
						Fassadenverlängerung" und First) anzuordnen. Aufbauten		
						dürfen die verlängerte Fassadenflucht nicht überragen.		
						Schleppgauben dürfen nicht direkt an den First angesetzt		
						werden. Die Dachneigung der Schleppgaube hat mindestens		
						18 Grad zu betragen.		
						Die Dachaufbauten und Dachfenster haben folgende Ab-		
						stände einzuhalten:		
						- von der Traufe gemessen mind. 1.00 m		
						- vom Ortabschluss mind.1.00 m		
						3 Dachfenster sind als stehende Rechtecke anzuordnen (An-		
						hang 3). Die Dachfenster sind auf einer horizontalen Ebene		
						anzuordnen, sie haben vom Dachabschluss (Dachfirst) einen		
						Abstand von mindestens 1.00 m einzuhalten.		
						Abstalia von miliaestens 1.00 m einzunaiten.		-
							§ 34	Einwirkungen
								1 Jedermann ist verpflichtet, sich bei Ausübung seines Eigen-
								tums, wie namentlich beim Betrieb eines gewerblichen oder
								industriellen Unternehmens, aller übermässigen Einwirkun-
								gen auf das Eigentum der Nachbarn und die weitere Umge-
								bung zu enthalten.
								2 Verboten sind insbesondere alle schädlichen und nach
								Lage sowie Beschaffenheit der Grundstücke oder nach Orts-
								gebrauch nicht gerechtfertigten Einwirkungen durch Lärm, Er-
								schütterungen, Geruch, Abgase, Rauch, Russ, Dünste, Staub
								oder Strahlen.
								3 Eigentümer und Besitzer von Grundstücken haben alle zu-
								mutbaren baulichen und betrieblichen Massnahmen zu tref-
								fen, um Einwirkungen auf die Umgebung möglichst gering zu
								halten, soweit dies technisch und betrieblich möglich und wirt-
								schaftlich tragbar ist.
		6.1.3 Aussanraumaastaltuna						
6.44		6.1.3 Aussenraumgestaltung						
§ 41	§ 40	Aussenraumgestaltung	§ 37	Aussenraumgestaltung	§ 34	Aussenraumgestaltung	§ 33	Aussenraumgestaltung
				Terrainveränderungen				
		1 Das Terrain soll nicht unnötig verändert werden. Ökolo-		1 Das Terrain soll nicht unnötig verändert werden. Ökologisch		1 Das Terrain soll nicht unnötig verändert werden. Ökologisch		1 Das Terrain soll nicht unnötig verändert werden. Ökologisch
		gisch und geomorphologisch wertvolle Objekte sind zu		und geomorphologisch wertvolle Objekte sind zu schonen.		und geomorphologisch wertvolle Objekte sind zu schonen.		und geomorphologisch wertvolle Objekte sind zu schonen.
		schonen. Terrainveränderungen müssen sich einwandfrei		Terrainveränderungen dürfen die Nachbarn nicht übermässig		Terrainveränderungen dürfen die Nachbarn nicht übermässig		Terrainveränderungen dürfen die Nachbarn nicht übermässig

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
		in die Umgebung einordnen und dürfen die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigen. Versiegelte Flächen sind auf das Notwendige zu beschränken.		beeinträchtigen, müssen sich einwandfrei in die Umgebung einordnen und dürfen die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigen. Die Versiegelung von Flächen ist auf das Notwendige zu beschränken.		beeinträchtigen, müssen sich einwandfrei in die Umgebung einordnen und dürfen die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigen. Versiegelte Flächen sind auf das nötige zu beschränken.		beeinträchtigen, müssen sich einwandfrei in die Umgebung einordnen und dürfen die Verkehrssicherheit nicht beeinträch- tigen. Versiegelte Flächen sind auf das Nötige zu beschrän- ken.
		Wer an seinem Grundstück die Höhenlage verändert, hat das Erdreich mit Böschungen und nötigenfalls mit Stützmauern zu sichern. Stützmauern sind in genügender Stärke zu erstellen, in gutem Zustand zu erhalten und in der Regel zu bepflanzen. Bei Terrainsicherungen sind anstatt massiver Stützmauern wenn möglich aufgelöste, bepflanzte Konstruktionen bzw. Lebendverbaumethoden anzuwenden.		Stützmauern 2 Wer an seinem Grundstück die Höhenlage verändert, hat das Erdreich mit Böschungen und nötigenfalls mit Stützmauern zu sichern. Stützmauern sind in genügender Stärke zu erstellen, in gutem Zustand zu erhalten und in der Regel zu bepflanzen. 3 Bei Terrainsicherungen sind anstelle massiver Stützmauern wenn möglich aufgelöste, bepflanzte Konstruktionen bzw. Trockenmauern oder Lebendverbaumethoden anzuwenden. Landschaftsschutz		2 Wer an seinem Grundstück die Höhenlage verändert, hat das Erdreich mit Böschungen und nötigenfalls mit Stützmauern zu sichern. Stützmauern sind in genügender Stärke zu erstellen, in gutem Zustand zu erhalten und in der Regel zu bepflanzen.		2 Wer an seinem Grundstück die Höhenlage verändert, hat das Erdreich mit Böschungen und nötigenfalls mit Stützmauern zu sichern. Stützmauern sind in genügender Stärke zu erstellen, in gutem Zustand zu erhalten und in der Regel zu bepflanzen.
		4 Die Umgebungsarbeiten bilden einen Bestandteil des Bauprojektes. Der Gemeinderat erlässt gegebenenfalls ent- sprechende Auflagen in der Baubewilligung. Für Bauten am		4 Der Übergang vom Baugebiet zum Kulturland ist besonders sorgfältig zu gestalten und mit einheimischen Bäumen und Sträuchern zu bepflanzen. Umgebungsarbeiten 5 Die Umgebungsarbeiten bilden einen Bestandteil des Bauprojektes. Der Gemeinderat erlässt gegebenenfalls entsprechende Auflagen.		3 Die Umgebungsarbeiten bilden einen Bestandteil des Bau- projektes. Der Gemeinderat erlässt, wo es die Umstände er- fordern, hierfür besondere Auflagen in der Baubewilligung.		3 Die Umgebungsarbeiten bilden einen Bestandteil des Bau- projektes. Der Gemeinderat erlässt, wo es die Umstände erfordern, hierfür besondere Auflagen in der Baubewilligung.
		Rand des Baugebietes vergl. § 38 Abs. 3. 5 Die Umgebungsarbeiten einschliesslich der Bepflanzung sind unmittelbar nach Bauvollendung auszuführen.						
			§ 38	Materialablagerungen Der Gemeinderat kann Auflagen machen über die zugelassenen Materialien sowie über die Höhe, Abstände und Gestaltung der Ablagerung und des Lagerplatzes. Er kann nötigenfalls eine Umzäunung verlangen.				
		6.1.4 Weitere Vorschriften über Ortsbildschutz und Siedlungsgestaltung						
	§ 41	Antennen 1 Die Errichtung von Satellitenantennen auf Dächern ist untersagt. Zusätzlich sind in der OS-Zone "Bächle" und der Weilerzone "Ueberthal" Fassadenmontagen nicht gestattet. 2 Mit dem Anschluss an eine Gemeinschaftsantennenanlage sind bestehende Aussenantennen zu entfernen.						
	§ 42	Ruinen, Baulücken Durch Brand oder andere Elementarereignisse beschädigte Gebäude müssen innert 2 Jahren ganz abgetragen oder wiederhergestellt werden.						
		6.2 Umweltschutz		Umweltschutz		6.2 Umweltschutz		
§ 42	§ 43	6.2.1 Einwirkungen Einwirkungen	§ 39	Einwirkungen	§ 35	Einwirkungen		
	3 40	1 Jedermann ist verpflichtet, sich bei Ausübung seines Eigentums, wie namentlich beim Betrieb eines gewerblichen oder industriellen Unternehmens, aller übermässigen Einwirkungen auf das Eigentum der Nachbarn und die weitere Umgebung zu enthalten.	3 33	Umweltschutz 1 Jedermann ist verpflichtet, sich bei der Ausübung seines Eigentums, wie namentlich beim Betrieb eines gewerblichen oder industriellen Unternehmens, aller übermässigen Einwirkungen auf das Eigentum der Nachbarn und die weitere Umgebung zu enthalten.	§ §	1 Jedermann ist verpflichtet, sich bei Ausübung seines Eigentums, wie namentlich beim Betrieb eines gewerblichen oder industriellen Unternehmens, aller übermässigen Einwirkungen auf das Eigentum der Nachbarn und die weitere Umgebung zu enthalten.		

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
		2 Verboten sind insbesondere alle schädlichen und nach		2 Verboten sind insbesondere alle schädlichen und nach		2 Verboten sind insbesondere alle schädlichen und nach		
		Lage sowie Beschaffenheit der Grundstücke oder nach		Lage sowie Beschaffenheit der Grundstücke oder nach Orts-		Lage sowie Beschaffenheit der Grundstücke oder nach Orts-		
		Ortsgebrauch nicht gerechtfertigten Einwirkungen durch		gebrauch nicht gerechtfertigten Einwirkungen durch Lärm, Er-		gebrauch nicht gerechtfertigten Einwirkungen durch Lärm, Er-		
		Lärm, Erschütterungen, Geruch, Abgase, Rauch, Russ,		schütterungen, Geruch, Abgase, Rauch, Russ, Dünste, Staub		schütterungen, Geruch, Abgase, Rauch, Russ, Dünste, Staub		
		Dünste, Staub oder Strahlen.		oder Strahlen.		oder Strahlen.		
		3 Eigentümer und Besitzer von Grundstücken haben alle		3 Es sind alle baulichen oder betrieblichen Massnahmen zu		3 Eigentümer und Besitzer von Grundstücken haben alle zu-		
		zumutbaren baulichen und betrieblichen Massnahmen zu		treffen, um Einwirkungen auf die Umgebung möglichst gering		mutbaren baulichen und betrieblichen Massnahmen zu tref-		
		treffen, um Einwirkungen auf die Umgebung möglichst ge-		zu halten, soweit dies technisch und betrieblich möglich und		fen, um Einwirkungen auf die Umgebung möglichst gering zu		
		ring zu halten, soweit dies technisch und betrieblich möglich		wirtschaftlich tragbar ist.		halten, soweit dies technisch und betrieblich möglich und wirt-		
		und wirtschaftlich tragbar ist.				schaftlich tragbar ist.		
		6.2.2 Lärmschutz						
	§ 44	Lärmschutz	§ 40	Lärmschutz				
		Der Gemeinderat kann die Anforderungen an die Lärmar-		Der Gemeinderat kann die Anforderungen an die Lärmarchi-				
		chitektur (Stellung und Gestaltung der Bauten, Anordnung		tektur (Stellung und Gestaltung der Bauten, Anordnung lärm-				
		lärmempfindlicher Räume, Schallschutzmassnahmen		empfindlicher Räume, Schallschutzmassnahmen, usw.),				
		usw.), selbst wenn die Grenzwerte eingehalten sind, im		selbst wenn die Grenzwerte eingehalten sind, im Sinne der				
		Sinne der Vorsorge erhöhen, soweit dies technisch und be-		Vorsorge erhöhen, soweit dies technisch und betrieblich mög-				
		trieblich möglich sowie wirtschaftlich tragbar ist. Dies gilt		lich sowie wirtschaftlich tragbar ist. Dies gilt insbesondere bei				
		insbesondere bei Bauten mit lärmempfindlichen Räumen,		Bauten mit lärmempfindlichen Räumen, welche die elementa-				
		welche die elementaren Regeln des Lärmschutzes miss-		ren Regeln des Lärmschutzes missachten, sowie in Gebieten,				
		achten, sowie in Gebieten, die infolge Vorbelastung der		die infolge Vorbelastung der nächsthöheren Empfindlichkeits-				
		nächsthöheren Empfindlichkeitsstufe zugeordnet sind.		stufe zugeordnet sind.				
		7. Vollzug und Verfahren		7. VOLLZUG UND VERFAHREN		7. Vollzug und Verfahren		9. Vollzug
		7.1 Zuständigkeit						
§ 44	§ 45	Zuständigkeit	§ 41	Zuständigkeit	§ 36	Hilfsorgane des Gemeinderates	§ 35	Zuständigkeit
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender	§ 41	1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funk-	§ 36	Hilfsorgane des Gemeinderates 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funk-	§ 35	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funk-
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für	§ 36		§ 35	_
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regio-	§ 41	1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funk-	§ 36	1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funk-	§ 35	1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funk-
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen.	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen.
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regio-	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskon-	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskon-
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regio-	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Z Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen.	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen.	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskon-	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskon-
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorha-	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben,	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Z Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen be-	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren,	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Z Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegie-	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Z Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Z Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegie-	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig.	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen.	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Z Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen.
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Regle-	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Regle-	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Regle-
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig.	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemein-	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemein-
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Regle-	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Regle-	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Regle-
	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Regle-	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemein-	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemein-
§ 44	§ 45	Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art der Gemeinderat zuständig.	§ 41	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Regle-	§ 36	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemein-	§ 35	Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemein-
		Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art der Gemeinderat zuständig. 7.2 Gebühren Gebührenreglement		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Gebührenreglement Gebührenreglement		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Reglemente		Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat.
		Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art der Gemeinderat zuständig. 7.2 Gebühren Gebührenreglement Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten (Ausla-		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Gebührenreglement Gebühren Die Gebühren und die Tragung der weiteren Verfahrenskos-		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Reglemente 3 Die Gebühren für die Tätigkeit des Gemeinderates in den		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Gebühren Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten richten sich
		Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art der Gemeinderat zuständig. 7.2 Gebühren Gebührenreglement		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Gebührenreglement Gebührenreglement		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Reglemente 3 Die Gebühren für die Tätigkeit des Gemeinderates in den Bereichen Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen rich-		Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Gebühren
		Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art der Gemeinderat zuständig. 7.2 Gebühren Gebührenreglement Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten (Ausla-		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Gebührenreglement Gebühren Die Gebühren und die Tragung der weiteren Verfahrenskos-		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Reglemente 3 Die Gebühren für die Tätigkeit des Gemeinderates in den		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Gebühren Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten richten sich
		Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art der Gemeinderat zuständig. 7.2 Gebühren Gebührenreglement Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten (Auslagen für externe Fachleute und regionale Stellen, Expertisen		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Gebührenreglement Gebühren Die Gebühren und die Tragung der weiteren Verfahrenskosten (Auslagen für externe Fachleute und regionale Stellen,		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Reglemente 3 Die Gebühren für die Tätigkeit des Gemeinderates in den Bereichen Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen rich-		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Gebühren Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten richten sich
		Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art der Gemeinderat zuständig. 7.2 Gebühren Gebührenreglement Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten (Auslagen für externe Fachleute und regionale Stellen, Expertisen usw.) richten sich nach dem Baugebührenreglement der		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Gebühren Die Gebühren und die Tragung der weiteren Verfahrenskosten (Auslagen für externe Fachleute und regionale Stellen, Expertisen, usw.) richten sich nach dem Gebührenreglement		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Reglemente 3 Die Gebühren für die Tätigkeit des Gemeinderates in den Bereichen Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen richten sich nach dem Gebührenreglement der Gemeinde.		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Gebühren Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten richten sich nach dem Gebührenreglement der Gemeinde. Reglemente
		Zuständigkeit 1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligungen von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung / die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheide aller Art der Gemeinderat zuständig. 7.2 Gebühren Gebührenreglement Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten (Auslagen für externe Fachleute und regionale Stellen, Expertisen usw.) richten sich nach dem Baugebührenreglement der		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute sowie regionale Stellen beiziehen. 2 Der Gemeinderat kann die Bewilligung von Bauvorhaben, die weder nachbarliche noch öffentliche Interessen berühren, an die Bauverwaltung oder die Baukommission delegieren. Im Übrigen ist für Verfügungen und Entscheidungen aller Art der Gemeinderat zuständig. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Gebühren Die Gebühren und die Tragung der weiteren Verfahrenskosten (Auslagen für externe Fachleute und regionale Stellen, Expertisen, usw.) richten sich nach dem Gebührenreglement		1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchssteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Reglemente 3 Die Gebühren für die Tätigkeit des Gemeinderates in den Bereichen Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen rich-	§ 36	1 Der Gemeinderat kann Kommissionen mit beratender Funktion bestellen. 2 Er kann für die Prüfung von Gesuchen und für Vollzugskontrollen externe Fachleute oder regionale Stellen auf Kosten der Gesuchsteller beiziehen. 3 Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einem Reglement. Verfügungen und Entscheide aller Art trifft der Gemeinderat. Gebühren Die Gebühren und die weiteren Verfahrenskosten richten sich nach dem Gebührenreglement der Gemeinde.

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		2 Soweit öffentlicher Wald betroffen ist, werden die Pflege- und Unterhaltsbestimmungen in der forstlichen Planung fest- gelegt. 4 Für die Benützung des öffentlichen Grundes wird eine Ge- bühr nach dem Gebührenreglement der Gemeinde erhoben.		Beschluss GV 11.Juni 1999 2 Soweit öffentlicher Wald betroffen ist, werden die Pflege- und Unterhaltsbestimmungen in der forstlichen Planung fest- gelegt.
0.45		7.3 Vollzugsrichtlinien						
§ 47	§ 47	Vollzugsrichtlinien	§ 43	Vollzugsrichtlinien				
				Naturschutzreglement				
		Der Gemeinderat erlässt Richtlinien zum Vollzug Naturschutz.		Der Gemeinderat erlässt Richtlinien zum Vollzug Naturschutz.				
		8. Schluss- und Übergangsbestimmung		8. SCHLUSS- UND ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN		8. Schluss- und Übergangsbestimmung		10. Schlussbestimmungen
		8.1 Aufhebung bisherigen Rechts						
§ 49	§ 48	Aufhebung bisherigen Rechts	§ 44	Aufhebung bisherigen Rechts	§ 38	Aufhebung bisherigen Rechts	§ 38	Aufhebung bisherigen Rechts
		Durch diese Bau- und Nutzungsordnung werden aufgehoben: a) der Zonenplan vom 11.06.1976 b) die Bauordnung vom 11.06.1976		Durch diese Bau- und Nutzungsordnung wird die Bau- und Nutzungsordnung vom 15. Nov. 1991 aufgehoben.		Durch diese Bau- und Nutzungsordnung werden aufgehoben: a) der Zonenplan vom 7. Dezember 1984 b) die Bauordnung vom 7. Dezember 1984 c) die Nutzungsordnung vom 17. Dezember 1993		Durch diese Bau- und Nutzungsordnung werden aufgehoben: a) der Zonenplan vom 27. Dezember 1974 b) die Bauordnung vom 27. Dezember 1974
				Diese Bau- und Nutzungsordnung, inklusive die integrierenden Bestandteil bildenden Anhänge I und II, hat vom 12.4.01 bis 14.5.01 öffentlich aufgelegen und ist von der Gemeindeversammlung am 29. Juni 2001 beschlossen worden. Vom Regierungsrat genehmigt an der Sitzung vom 26. September 2001		Die Gemeindeversammlung vom 15. Dezember 2006 hat die Änderungen der §§ 5, 6, 10, 32 und 33 genehmigt. Genehmi- gung durch den Regierungsrat am 4. April 2007.		
				Anhang I Naturschutzzonen "Kulturland" und "Wald" Die Bestimmungen gemäss diesem Anhang I sind rechtsverbindliche Bestandteile dieser BNO Die Bestimmungen gemäss diesem Anhang I sind rechtsverbindliche Anhang I sind rechtsverbi				
Anhang A				Anhang II Liste der geschützten Naturobjekte (gemäss Nutzungsplan "Kulturland")				

§ Entwurf	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 27. November 1998	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 29. Juni 2001	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung, Beschluss GV 12. Juni 1998	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung, Beschluss GV 11.Juni 1999
Liitwaii		Descrituss GV 27. November 1990		Die Bestimmungen gemäss diesem Anhang II sind rechtsver-		Descrituss OV 12. Juni 1990		Descrituss GV 11.5um 1333
				bindliche Bestandteile dieser BNO.				
				Rr. Geschülztes Naturobjekt On / Furname Bemerkung 19.22 Dollrien Wuset 19.47 Finding Kränksier				
				10.47 Finding Kürlücker 12.65 Hecke Hulderreibin 12.68 Robmouer Huferebo				
				12,65				
				13.11 Enzelbum Eprinkl				
				13.16 Lindo Untreer Haffen				
				Liste der Aussichtspunkte (gemäss Nutzungsplan "Kulturland"				
				Nr. Auskichguniste Oti / Furname Stefesbung Semerlung				
				17.01				
				17.54				
				Bedeutende Kulturobjekte (gemäss Nutzungsplan "Kultur-				
				land")				
				N Kullardjekt Ol France Debokuty Hank N: Fac N: Bereinstry 15.0 Equipment Equipment Equipment Equipment Equipment 15.1 Schooler Notice Notice Notice 15.1 Schooler Notice Notice Notice Notice 15.1 Schooler Notice Notice Notice Notice Notice 15.1 Schooler Notice Notice Notice Notice Notice Notice 15.1 Schooler Notice Notice Notice Notice Notice Notice Notice Notice 15.1 Notice Notice				
				Promision Sighalbanian 57				
				15.15 Preparation Prepar				
				12.54				
				Beilage 1 Liste der wichtigsten Gesetze und Verordnungen Bun-				
				desgesetze und Verordnungen				
				Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) vom 22				
				Juni 1979				
				 Verordnung über die Raumplanung (RPV) vom 28. Juni 2000 				
				 Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG) vom 24. Januar 1991 				
				Bundesgesetz über den Wald (WaG) vom 4. Oktober 1991				
				Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG) vom 7. Oktober 1983				
				Lärmschutzverordnung (LSV) vom 7. Oktober 1986				
				Luftreinhalteverordnung (LRV) vom 16. Dezember 1985				
				Bundesgesetz über Fuss- und Wanderwege (FWG) vom 4. Oktober 1985				
				Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) vom 1. Juli 1966				
				Verordnung über den Natur- und Heimatschutz (NHV) vom 16. Januar 1991				
				2. Kantonale Gesetze und Verordnungen				
				Gesetz über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwe- sen (Baugesetz, BauG) vom 19. Januar 1993				
				 Allgemeine Verordnung zum Baugesetz (ABauV) vom 23. Februar 1994 				
				 Verordnung über Landumlegung, Grenzbereinigung und Enteignung (LEV) vom 23. Februar 1994 				
				 Kantonales Reglement über Ersatzabgabe für die Befrei- ung von der Parkplatzerstellungspflicht (EPR) vom 23. Februar 1994 				
				Dekret über den Natur- und Landschaftsschutz vom 26. Februar 1985				

§	§	Gemeinde Oberbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Unterbözberg, Bau- und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Gallenkirch, Bau und Nutzungsordnung,	§	Gemeinde Linn, Bau- und Nutzungsordnung,
Entwurf		Beschluss GV 27. November 1998		Beschluss GV 29. Juni 2001		Beschluss GV 12. Juni 1998		Beschluss GV 11.Juni 1999
				 Verordnung über den Schutz einheimischer Pflanzen- und Tierwelt und ihrer Lebensräume (Naturschutzverord- nung) 				
				 Dekret über den Schutz von Kulturdenkmälern vom 14. Oktober 1975 				
				 Verordnung über den Begriff des Waldes sowie die Ver- fahren betreffend Waldfeststellung und Rodungsbewilli- gung (Forstverordnung, FoV) vom 16. Februar 1994 				
				Brandschutzgesetz vom 21. Februar 1989 (BSG)				
				 Brandschutzverordnung vom 6. August 1997 (BSV) 				
				3. Kommunale Erlasse				
				Nutzungsplan "Baugebiet"				
				Nutzungsplan "Kulturland"				
				Überbauungsplan Rüteli				
				Erschliessungsplan Haldenstein				
				Naturschutzreglement				
				Gebührenreglement				
				Strassenreglement				
				Wasserreglement VWV				
				Abwasserreglement				
				Kulturlandinventar				